

Antifaz

Antifaschistische Zeitung

STOP FORCED STERILIZATION
¡ALTO A ESTERILIZACIÓN FORZADA!



PUBLIC HEARINGS ON STERILIZATION
FEB 12TH AT 10AM STATE BUILDING 350 McALLISTER ST SF
RALLY AT NOON SAT FEB 12 CIVIC CENTER

FOR INFORMATION CALL 395-0771 • STERILIZATION ABUSE HAS STOPPED • OVERSAY DEWITT HARTY 395-0771

GENormte

Menschheit

ALLES NUR

BANANE ?

FASCHISTEN

NICHT

VERHARM-

LOSEN

In diesem Heft:

<i>Einleitung</i>	S. 3
<i>Mannheimer Verhältnisse</i>	S. 4
<i>Faschisten nicht verharmlosen</i>	S. 6
<i>Rede auf der Demo in Wattenscheid am 16.5.92</i>	S. 7
<i>Impressum</i>	S. 7
<i>Antifaschistische Landeskonferenz NRW in Köln</i>	S. 8
<i>Der 1. Mai in Istanbul</i>	S.11
<i>Solidarität mit den Völkern der Türkei und Kurdistans</i>	S.17
<i>Schwarzer Friede in Kosovo</i>	S.20
<i>Alles nur Banane?</i>	S.22
<i>Debatte: Freie Liebe...Eine Replik auf Anna Blume</i>	S.24
<i>Lyrik-Kolumne</i>	S.25
<i>GENormte Menschheit, Teil IV</i>	S.26
<i>400 gegen Sammellager in Castrop-Rauxel</i>	S.32
<i>Studentische Korporationen gestern und heute</i>	S.33
<i>Aufruf zur Tat</i>	S.36

Verkaufsstellen:

Dortmund
 - Geschichtswerkstatt
 - Atom-Stop-Büro
 - Cheecoolala
 - Cafe Samowar
 - Taranta Babu Buchladen
 - Litfaß-Buchladen
 - Erpel

Herne
 - Sonne
 - Kornmühle
 - Informationszentrum 3. Welt

Recklinghausen
 - Attatroll-Buchladen
 - Sonnenblume-Naturkostladen
 - Drübelken
 - Grünes Büro

Bochum
 - "Notstand" im Uni-Antiquariat

ANZEIGE

Straßencafé



Tel. 0231/104916 So.-Fr. 10-22 Uhr Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) 4600 Dortmund 1

Münster

- Frauenstr. 24

Marl
 - Bücherladen

Herten
 - Büchereule

Duisburg
 - Buchhandlung "Weltbühne"

Marburg
 - Buchladen "Roter Stern"

WITTEN:
 3. Welt- und Buch-
 laden

EINLEITUNG

Was wir schon häufiger schrieben und zu schreiben nicht müde werden, scheint sich in diesen Tagen immer mehr zu bestätigen:

Die **Gefahr eines neuen Faschismus** geht nicht in erster Linie von irgendwelchen wildgewordenen Kleinbürgern oder deklassierten Arbeitern aus, sondern von den Herrschenden und ihren Sachwaltern in Staat und Parteien:

Selten wurden derart viele demokratische Äußerungen, seien es Versammlungen, Kundgebungen, Veranstaltungen oder Demonstrationen, verboten, zerschlagen oder aufgelöst wie in den vergangenen Wochen, im Vorfeld des **G7-Treffens in München**, das vom **6. Juli** an stattfindet.

Leider können wir nicht über die Demonstration und die vielfältigen **Aktionen des Widerstands** gegen dies **Gipfeltreffen der herrschenden Ausbeuter der Welt** berichten, da sie in unsere Produktionsphase fallen.

Wir stellen daher an den Anfang dieser Ausgabe einen Bericht über die **Mannheimer Verhältnisse**, weil das Vorgehen des Staates gegen dortige antirassistische Aktivitäten sich nahtlos einreicht in den antidemokratischen Kurs gegenüber jeglicher Kritik am Weltwirtschaftsgipfel.

Auch in **Münster** hatte es im Vorfeld des **kleinen G7-Treffs** am 9. Mai dieses Jahres skandalöses Vorgehen des Staatsschutzes gegeben, hierüber berichtet **Antje Schipper**, Asta-Referentin der WWU Münster, in ihrem Bericht "Alles nur Banane?" Was gibts sonst noch in dieser Ausgabe?

Der vierte und (vorläufig) letzte Teil der Artikelserie "GENormte Menschheit", ein Bericht von Karsten Schneider zu Aktionen anlässlich der 175-Jahrfeier des **Wartburgfestes in Marburg**, ein Bericht von Siegfried Hellig über eine **Demonstration gegen Sammlager in Castrop-Rauxel**.

Wir berichten außerdem über die **Antifaschistische Landeskonferenz NRW in Köln** und über Aktionen gegen den (nicht durchgeführten) **NPD-Landesparteitag**, der in **Bochum-Wattenscheid** am 17. Mai stattfinden sollte.

Einen beträchtlichen Teil dieser Ausgabe nimmt wieder die Berichterstattung über die **Türkei und Kurdistan** ein, **Thea A. Struchtemeier** und **Klaus Dillmann** berichten gemeinsam über eine Delegationsreise zum **1. Mai in Istanbul**.

Dann gibt es noch einige Ankündigungen, und - nicht zu vergessen - eine Replik von **Jürgen Bargmann** auf den Traktat über die freie Liebe in der AntifaZ Nr. 32/1992. So, das wärs für die "Sommerausgabe", die kommende Ausgabe erscheint (vermutlich) wegen des Urlaubs der RedakteurInnen erst in der letzten Septemberhälfte.

Allen LeserInnen erholsame Ferien, um Kraft für die Zukunft zu sammeln, und herzliche Grüße,

Eure

AntifaZ-Redaktion

MANNHEIMER VERHÄLTNISSE

Antirassistische Demonstrationen

Seit dem 26.5.1992 ist das Flüchtlingsmehllager (eine ehemalige Gendarmeriekaserne) im Mannheimer Stadtteil Schönau, in dem jugoslawische Flüchtlinge, Albaner und Ghanesen leben, Ziel rassistischer Angriffe.

Am **Donnerstag, dem 28.5.**, kam es dabei zu **pogromartigen Ausschreitungen**, die den bisherigen Höhepunkt der "Schönauer Ereignisse" darstellen. Begonnen hatte es auf einem in der Nähe des Sammellagers stattfindenden Volksfest. Dort mchte ein längst widerlegtes Gerücht die Runde: Ein afrikanischer Lagerbewohner habe ein 15jähriges Mädchen vergewaltigt.

Was sonst nur ein müdes Achselzucken hervorruft, war diesmal Anlaß, daß mehrere hundert Menschen vor das Sammellager zogen. Dort brüllte die Menge rassistische Parolen, warf Steine und drohte gar, das Lager zu stürmen. Nur die Absperrung der Kaserne durch die Polizei konnte dies verhindern.

In **Schönau** entlud sich vordergründig der durch die "Asyldebatte" regierungsamtlich geschürte Rassismus. Aber die wirklich treibende Kraft war die Wut über die sich verschärfende soziale Ausgrenzung. Schönau ist ein Stadtteil mit überdurchschnittlich hoher Erwerbslosenquote, geringen Zukunftsaussichten für Jugendliche, Drogenabhängigkeit usw. Hier wohnen viele, die im Sinne des Wortes nichts zu verlieren haben - ein fruchtbarer Boden für die staatlich inszenierte

Asylhetze, die die Unterdrückten spalten und gegeneinander aufhetzen und von den wahren Ursachen des sozialen Elends - den Banken und Konzernen - ablenken soll. Nicht ohne Grund kamen hier bei den letzten Kommunalwahlen die **Reps** und die **NPD** zusammen auf nahezu **20 Prozent der Stimmen**.

Nachdem bekannt geworden war, was in Schönau geschehen war, kam es zu den **ersten Solidaritätsaktionen**. Am Freitagabend demonstrierten rund 70 Menschen vor dem Lager ihre Solidarität mit den Flüchtlingen und machten eine kleine, aber beachtete Demonstration durch Schönau. Samstag abends trafen sich rund 120 Menschen vor dem Lager zu einer Solidaritätskundgebung. Die Stimmung, die der Demonstration entgegenschlug, war mehrheitlich ablehnend bis aggressiv. Nur wenige zeigten sich solidarisch.

Im Vorfeld der am **6. und 13.6.** durchgeführten Demonstration kam es zu heftigen Diskussionen innerhalb der antirassistischen Bewegung, inwiefern es um einen politischen oder militärischen Kampf gehe. Insbesondere die autonomen Kräfte vertraten die Auffassung, der "Schönauer Mob" müsse gezeigt be-



Bild:af/mz

kommen, daß er nicht ungestraft seinen Rassismus ausleben kann. Die von ihnen vertretene Position ging davon aus, daß alle, die nicht ihren Vorschlägen folgen, rassistisch seien. So versuchten sie, die politische Diskussion mit moralischem Druck zu ersticken. Auf einem Treffen der antirassistischen Bewegung am 1.6. trat diese Gruppe mit einem eigenen Demoaufruf für den 6.6. auf.

Nachdem die am 6.6. in Schönau **geplante Demo verboten** und für den gesamten Stadtbereich ein **Versammlungsverbot** ausgesprochen worden war, mußten die Ankommen aus anderen Städten umgeleitet werden und landeten in der Mannheimer City auf dem Paradeplatz. Gegen 19.00 Uhr befanden sich dort 250 bis 300 vorwiegend autonome DemonstrantInnen.

Zweimal forderte die Polizei auf, den Paradeplatz zu räumen, zuletzt unter Androhung von Gewalt, wenn dies nicht innerhalb von fünf Minuten geschehe. Die fünf Minuten waren noch nicht ganz verstrichen, und die ersten DemonstrantInnen begannen, den Platz zu verlassen, da kam der Einsatzbefehl der Polizei. Die bis dahin völlig friedliche Versammlung wurde unter den Augen der in großer Zahl anwesenden Bevölkerung auf die brutalste Weise überfallen. Die Auseinandersetzungen dauerten über eine Stunde an. Ein Jugendzentrum wurde aufgebrochen, um Schutzsuchende zu verhaften, es gab sieben Verletzte, mehrere leicht Verletzte. 140 Verhaftete wurden bis zu zehn Stunden festgehalten. Ein antirassistischer Ermittlungsausschuß will die Ereignisse untersuchen und dokumentieren. Gegen den Bürgermeister und den Einsatzleiter der Polizei wurde Strafanzeige erhoben.

Eine zweite Demo gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit fand eine Woche später statt. Schon am Samstagvormittag, am 13.6.92, wurden in der gesamten Stadt einige Hundertschaften zusammengezogen. Mittags kam die Abriegelung an den Zufahrtsstraßen dazu. Damit sollte ein verhängtes Demonstrationsverbot für Schönau, de facto aber für ganz Mannheim mit Gewalt durchgesetzt werden. Die Straßen- und Eiscafes der Innenstadt waren angewiesen, ab 17.00 Uhr ihre Läden geschlossen zu halten.

Damit sollte eingeschüchtert werden. Dies gelang, alle Aktivitäten wurden abgesagt, nur ein Infotisch blieb übrig. Unter den AktivistInnen war die Angst verbreitet, daß sich ein Prügeleinsatz wie am vorangegangenen Samstag wiederholen könnte. Dies war auch, wie die Verhaftungen und die Durchsuchung einer linken Kneipe zeigten, nicht unbegründet.

Doch einige Menschen versammelten sich im Laufe des Nachmittages am Paradeplatz, trotz Polizeiwannen und ausgerüsteten Poli-

zisten. Noch gegen 17.00 Uhr wurden GenossInnen der TKP/ML beim Flugblattverteilen festgenommen. Die Polizei war offensichtlich auf der Suche nach einem VSP-Flugblatt mit der Überschrift "Polizeiterror verhindert Solidaritätsaktion", welches für illegal wegen Hetze gegen die Staatsgewalt erklärt wurde.

Auf dem gesamten Platz herrschte gedrückte, angespannte Stimmung. Gegen 18.00 Uhr, inzwischen waren ca. 100 Menschen auf dem Platz verteilt, zogen sich die Einsatzfahrzeuge in eine Seitenstraße zurück. Langsam kam wieder Leben in die Anwesenden. Diskussionen wurden geführt. Von einzelnen VSPlern, der SAG und von DIDF wurde die Initiative für eine improvisierte Kundgebung mit eventuell anschließender Demo - trotz Verbot - ergriffen. Einige innerhalb der Bewegung stellten sich gegen dieses Vorgehen, da sie ähnliche Ereignisse wie eine Woche zuvor befürchteten.

Bezeichnenderweise waren es die älteren und seit langem "etablierten" GenossInnen der verschiedenen linken Organisationen (z.B. BWK, PDS, VSP) und des Aktionsbündnisses gegen Rassismus, die abwartend, passiv bis massiv ablehnend reagierten. Der überwiegende Teil der Jüngeren und die ImmigrantInnen setzten sich für eine Demo ein. Dies erwies sich kurz darauf als richtige Einschätzung der Stimmung. Es formierte sich ein Zug mit ca. 100 TeilnehmerInnen, hauptsächlich Jugendliche und ImmigrantInnen.

Von Anfang an hatte die Demo ihre eigene Dynamik, nicht zu vergleichen mit den sonst lahmen Demos. Diese neue Ausstrahlung führte dazu, daß sich schon auf den ersten 500 Metern viele PassantInnen, in erster Linie ImmigrantInnen, anschlossen. Dazu kam nach einer guten halben Stunde eine kleinere Demo aus einem anderen Stadtteil. Weiter ging der Zug durch die Viertel der Arbeitsimmigration, mit Zwischenkundgebungen vor Cafes und einem Asylbewerberwohnheim. Der Demonstrationzug wuchs auf über 2000 Menschen an. Die dominierende Parole war:

"Hoch die Internationale Solidarität!"

Ulrich Demel, Evelyn Roth, Marc Fischer

(zuerst abgedruckt in: SoZ Nr. 13/1992)

FASCHISTEN NICHT VERHARML OSEN

Erfolgreiche Demonstration in Wattenscheid

Mehrere hundert Leute demonstrierten am Samstag, 16. Mai 92, in Bochum-Wattenscheid gegen Neofaschismus und rechtsextreme Gewalt. Hintergrund war der für den 17. Mai 92 angekündigte Landesparteitag NRW der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD).

Zwar konnte die NPD ihren ursprünglich für den 17. Mai in **Wattenscheid** geplanten Parteitag nicht durchführen, doch wegen der wachsenden Ausländerfeindlichkeit und gerade auch aufgrund der Wahlergebnisse in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein waren die InitiatorenInnen der Meinung, daß antifaschistische Positionen in der Öffentlichkeit demonstriert werden müssen.

Rainer Schug, SPD-Bezirksvertreter, warnte bei der Auftaktkundgebung davor, die Gefahr von Rechts zu bagatellisieren. Anschließend zogen die TeilnehmerInnen in einem Demonstrationzug durch die Wattenscheider Innenstadt. Erfreulich war, daß sich die politische Breite des Aufruferkreises auch bei der Demonstration zeigte. Grüne, GewerkschafterInnen, Mitglieder von SPD, Falken, DKP, VVN/BdA und Volksfront gingen neben jungen Autonomen.

Auf einer Zwischenkundgebung forderten VertreterInnen von Sinti- und Roma-UnterstützerInnengruppen zur konkreten Solidarität auf. Dieter Krause, ÖTV-Sekretär, wies auf der Abschlußkundgebung auf den Zusammen-

hang zwischen Rechtsextremismus und Sozialabbau hin: "In Ausländern Sündenböcke zu suchen, ist heute weit verbreitete Stimmung. Rechtsextreme nutzen dies aus und beanspruchen dies für ihre politischen Pläne."

Sowohl die **Wattenscheider Initiative** als auch die übrigen TeilnehmerInnen sehen diese Demonstration als Erfolg und Motivation für ihre Arbeit. Auf einem Nachbereitungstreffen bestand Einigkeit darüber, daß man die Stadt und andere politische Entscheidungsgremien stärker dazu drängen müsse, die Nichtvergabe öffentlicher Räume an faschistische Parteien politisch zu begründen. In einer Resolution an die Stadt, die bereits vorher verabschiedet worden war, war in diesem Zusammenhang auf die entsprechenden UNO-Resolutionen verwiesen worden.

Gerüchte, der NPD-Parteitag habe bereits stattgefunden, konnten nicht bestätigt werden. Wann und wo er stattfindet, ist bisher nicht bekannt.

(J.V., VVN/BdA Bochum)



Auch die DKP...

REDE VON JÜRGEN BARGMANN

AUF DER DEMO AM 16. MAI 1992

850 AntifaschistInnen haben sich heute hier zusammengefunden. Das ist ein großer Erfolg. Ebenso, daß der NPD-Parteitag, jedenfalls in der "Pestalozzischule" in Wattenscheid, nicht stattfindet. Nur das Wirken organisierter Antifaschisten hat den Erfolg herbeigeführt. Das Wattenscheider Bezirksparlament hat trotz Rainer Schugs Bemühungen allenfalls seine Pflicht getan, der Rat der Stadt Bochum sich hinter der Verwaltung versteckt. Die Verwaltung hat intrigiert und beinahe zu betrügen versucht, ebenso wie Teile der Bochumer Polizei, nicht der Wattenscheider. Aber mensch ist nicht darauf hereingefallen.

Noch drei Anmerkungen zum "Speak in": ein Kollege von den Autonomen beklagte, die Stadt und die "Falken" hätten miteinander gekungelt. Das ist so nicht richtig. Kungeln setzt aktives Komplizentum voraus. Unsere allzu zahmen "Raubvögel" haben lediglich aus sozialdemokratischer Blauäugigkeit sich eher wie "nützliche Idioten" aufgeführt.

Hingewiesen wurde auf die faschismusförderliche Rolle der Kirchen. Das ist sicher richtig, historisch wie in der Führung der "Wehrsportgruppe Wojtyla". Trotzdem haben wir vorhin, und das war richtig, die kämpferi-

sche Grußadresse aus der christlichen Friedensinitiative beklatscht. Ja, wir brauchen mehr christliche Humanisten, aber die gewinnen wir nur, wenn auch nicht verschwiegen wird, daß dieses Kreuz für die kleinen Leute zu oft einen Haken hatte, wie Bert Brecht sagte.

Zur "Kontroverse" um die Stalinbilder: wir zensieren keine DemonstrantInnen. Wenn kurdische KollegInnen sich mit "ihm" identifizieren, ihr gutes Recht; wenn Deutsche dies kritisieren, dito.

Wenn schließlich aus gewöhnlich "gut unterrichteten Kreisen" verlaudet: Mein Gott, was ist aus "unserer" Antifa geworden: Wenn jene Menschen die Menge an roten Fahnen stört, sollen sie selbst ein paar Hundert "rosagrüne" DemonstrantInnen mitbringen. Dann sieht das anders aus, und der Sache ist auch gedient.

Mit mutigen Antifaaktivitäten, so wie heute, wächst von links und unten ein Stück Koalition der Vernunft. Und das Land hat sie nötig.

**NIE WIEDER FASCHISMUS!
NIE WIEDER KRIEG!
KAMPF UM BEFREIUNG BIS ZUM
SIEG!**



...mal wieder dabei!

Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28

4350 Recklinghausen
Tel.: 02361/26345

Redaktionsanschrift:
Antifa-Zentrum
Herner Str. 43

4350 Recklinghausen
Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzung:
Donnerstag, 19.-21.00 Uhr

Bankverbindung:
Stadtsparkasse Recklinghausen
BLZ: 426 500 30

Kto.-Nr.: 1 000 229 38

Auflage: 1000

Druck: Verlag "Neuer Weg"

Mitgewirkt haben:

Wolfgang E., Karsten Sch., Siegfried H., Wolfgang D., Ingrid und Falko W., Christian K., Klaus D., Thea A. St., Antje Sch., Wolfgang T., Zenel H., Thorsten Th.

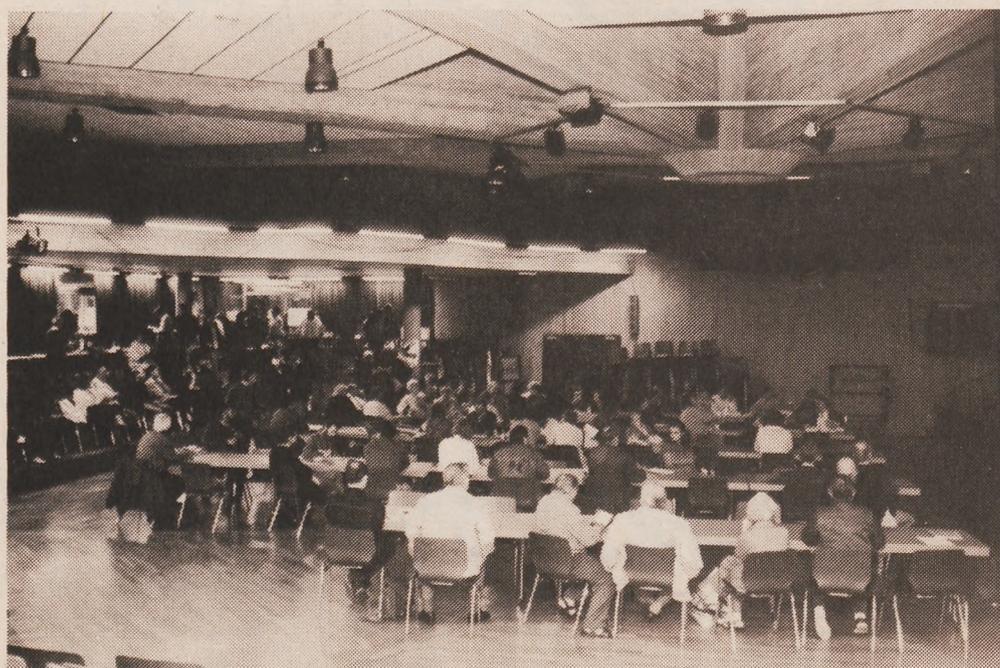
ANTIFASCHISTISCHE LANDESKONFERENZ NRW IN KÖLN

Am 20. Juni 92 fand im Schulzentrum Köln-Ostheim die Landeskongress antifa-schistischer Initiativen und Organisationen statt. Neben der Diskussion im Plenum gab es die Möglichkeit zur Mitarbeit in vier Arbeitsgruppen, die noch einmal unterteilt waren, und zwar die Arbeitsgruppen I (Antifaschistische Solidarität und Gegenwehr), II (Nationalismus, Rassismus. Wachsender Druck der Herrschenden), III (Formen faschistischer Politik) und IV (Großmachtpolitik).

Einschätzungen über Erfolg oder Mißerfolg der Konferenz widersprechen sich. Schon die von den VeranstalterInnen offiziell bekanntgegebene Zahl der TeilnehmerInnen, nämlich 250, scheint uns (die AntifaZ war mit 4 RedakteurInnen anwesend) mal wieder nach oben geschönt ein Trend, der in dem Bündnis VVN-Volksfront inzwischen häufiger zu erkennen ist (auch bei der Wattenscheider Demo gegen den NPD-Landesparteitag waren ja nicht 850, sondern höchstens 450 TeilnehmerInnen anwesend) - , es waren höchstens 150 Menschen dort. Von daher ist auch die Einschätzung, daß sich diese Einrichtung "Landeskongress" als "stabil" erwiesen habe, höchst fragwürdig. Stabil mag inzwischen das Bündnis Volksfront-VVN sein, stabil aber auch in der sich eingebürgert habenden Bequemlichkeit, welche gar kein Interesse mehr aufbringt, kontroverse Diskussionen zu führen. Seit geraumer Zeit gibt es keine Debatten mehr mit dem "autonomen" Antifaschismus, werden die "grünen" Antifaschismus-Versuche selten zur Kenntnis genom-

men, wird auch der Versuch nicht unternommen, zumindest mit Jusos oder Teilen der SPD wieder ins Gespräch zu kommen (So erhielt beispielsweise das Asta-Antifa-Referat der Uni Münster erst drei Tage vor der Konferenz eine Einladung). Zugegeben, die Möglichkeiten hierzu sind nicht gerade rosig, aber man kann sich auch immer wieder Sand über die eigene Wichtigkeit in die Augen streuen, um sich vor Schwierigkeiten zu drücken.

Eine solche Haltung spiegelte u.E. das Einleitungsreferat von Kurt Humbach (DKP Köln) wider: Zum hundertsten Mal wurde der "Schoß, aus dem das kroch" bemüht (wann endlich verschwindet dieser sexistische Ausdruck aus der Antifa-Diskussion, auch wenn Bert Brecht ihn geprägt hat, ?), zum tausendsten Mal hörten wir die Wendung "Wehret den Anfängen". - Mag ja sein, daß die Altgenossen der DKP und VVN inzwischen "zeitlos" denken, aber für unsere Arbeit muß die Realität Ausgangspunkt unserer Diskussion sein bzw. wieder werden.



Wir können nicht über sämtliche AGs berichten, tun dies ausführlich nur über zwei mit Berichten von Wolfgang Dreide und Klaus Dillmann.

Die verschiedenen obligatorischen Resolutionen (Bleiberecht für Roma, Unterstützung des kurdischen Freiheitskampfes, etc.) sind für Interessierte leicht erhältlich - wir drucken sie hier nicht ab.

AG 1,3 (Geschichte der Verfassung der BRD Antifaschistische Aufgaben in der Verfassungsdiskussion) und IV,1 (Art. 116 Grundgesetz: Völkische Staatsbürgerschaft als wichtige Grundlage für die Ostexpansion der BRD - Wie weiter gegen Patenschaften von Land und Kommunen mit re-vanchistischen Verbänden) - wegen geringer TeilnehmerInnenzahl zusammengelegt

Fritz Rische (Mitglied des ersten Bundestags für die KPD) referierte über die damalige politische Situation und Diskussion. Er behandelte u.a. die Frage, ob das Volk beteiligt oder nur Objekt der damaligen Politikerkaste war. Er ging dabei auf den Einfluß der Besatzungsmächte ein. Besondere Aufmerksamkeit richtete Rische auf die Art. 1 bis 20 GG, die er von ihrem ursprünglichen Sinn her als gegen den Nationalsozialismus und gegen Faschismus generell gerichtet beurteilte. Für eine antifaschistische Politik von besonderer Bedeutung ist seiner Meinung nach der Art. 16 GG.

Die in letzter Zeit beschlossenen Gesetze (z.B. das Abschiebungsbeschleunigungsgesetz) stellen laut Fritz Rische einen Verfassungsbruch dar, da sie die im Grundgesetz niedergelegten Menschenrechte mißachten. Zugleich wies er darauf hin, daß Art. 139 GG (Befreiungsgesetz) nach Geist und Bestimmung keine Übergangsregelung (bis zur Einführung einer neuen Verfassung) darstellt, sondern darüber hinaus gültig ist. Zum Schluß regte er an, dem ursprünglichen Wortlaut der Grundgesetzartikel nachzuspüren, da es sehr viele Veränderungen (z.B. bei Einführung der Notstandsgesetze) daran gegeben habe und "Verfassungsfragen Machtfragen" seien. Danach sprach Uwe-Jens Heuer (Mitglied des Bundestags für die PDS) über die aktuelle Verfassungsdiskussion in der Verfassungskommission (die sich aus 32 Bundestagsabgeordneten und 32 VertreterInnen des Bundesrates zusammensetzt). Er skizzierte die Entwicklung der Verfassungsdiskussion noch vor dem sogenannten Beitritt der DDR. Der

Entwurf des Runden Tisches sei nicht aufgegriffen worden, ebenso wenig die Idee, die alte Verfassung der DDR aus dem Jahre 1949 wiederzubeleben. Der Zweite Staatsvertrag zwischen der BRD und der DDR-Übergangsregierung - nach Uwe-Jens Heuer als Einigungsvertrag bezeichnet - sah die Überarbeitung einiger Punkte des Grundgesetzes vor. Die Diskussion der Verfassungskommission hat eine breitere Themenwahl, als ursprünglich vorgesehen. Die heutige Staatszieldiskussion holt nach seiner Meinung das nach, was 1949 versäumt wurde. Auch Uwe-Jens Heuer sieht Verfassungsfragen als Machtfragen; obgleich AntifaschistInnen z.Zt. nicht die Macht haben, müssen sie über und für die Verfassung und deren Ideologie mitstreiten. In der sich diesen beiden Vorträgen anschließenden Diskussion wurden folgende Punkte behandelt:

- Sollen plebiszitäre Elemente aufgenommen werden?
- Verhältnis von EG-Recht zur Mitwirkung z.B. in der Kommunalpolitik

Anzeige

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
 Hattinger Straße 188 4630 Bochum I
 Tel. 0234/450590
 Fax: 0234/452268



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00 Uhr, 15.00 - 18.00 Uhr

- Würde des Menschen im Betrieb
 - Beschränkung des Bundeswehreinsetzes (nach Uwe-Jens Heuer tun sich Militaristen mit dieser Wehrverfassung schwer, da ihnen das Grundgesetz z.Zt. noch Beschränkungen auferlegt; er schlägt eine Belassung und Verteidigung der bestehenden Grundgesetzbestimmungen vor). Heuer wies auf den bedeutenden Aspekt hin, daß in einem Briefwechsel zwischen Hans-Dietrich Genscher und Lothar de Maiziere zwar der Art. 21 GG, nicht jedoch auch der Art. 139 GG bestätigt wurde. Im Anschluß an diese Diskussion referierte G. Baumann über den Art. 116 GG.

Er behandelte folgende Aspekte:

- biologisch-rassistischer Begriff des Volkes in der politischen Umsetzung
- Recht des Blutes als Verfassungsgrundsatz im Grunde einzigartig, d.h. so in keiner anderen Verfassung enthalten
- Minderheitenrechte (UNO-Position) oder Volksgruppenrecht (Position der Vertriebenenverbände)
- durchdachte Expansionspolitik der Vertriebenenverbände
- deutschstämmige Vertreter im polnischen Parlament werden als deutsche Abgeordnete angesehen
- in Dortmund wird z.B. die Volksgruppenarbeit vom Sozialamt direkt gefördert
- Revanchisten machen viel im Rahmen von Kulturarbeit und sind daher viel schwerer angreifbar
- Änderung der Staatsbürgerdefinition hin zu einer Territorialdefinition.

Leider ist es nicht möglich, alle vorgetragenen Aspekte und Diskussionsbeiträge darzustellen. Es war eine sehr informative Gruppenarbeit mit fruchtbarer Diskussion. Sie wird noch in schriftlicher Form dokumentiert und somit zugänglich.

Klaus Dreide

AG I,2 und II,1

Ich war zunächst in der Arbeitsgruppe I.2 (Unterschiedliche Vorstellungen zur Taktik im Kampf gegen Faschisten, Mittel der Auseinandersetzung) und dann in der Arbeitsgruppe II.1 (Was ist Faschismus? Verbindungen zum Konservatismus), in der ein großer Teil derjenigen, die in Arbeitsgruppe I.2 mitgearbeitet haben, die am Vormittag begonnene Diskussion auf dem Hintergrund zweier kontroverser Referate fortführte. Ein Vertreter der VVN leitete aus der von Georgi Dimitroff entwickelten Theorie, wonach Faschismus an der Macht die offen terroristische Diktatur der **am meisten** reaktionären, **am meisten** aggressiven, **am meisten** chauvinistischen Ele-

mente des Finanzkapitals ist, die in dieser Form wie ein Gummiparagraph wirkte, die These ab, daß man mit allen Kräften, die nicht zu den "**am meisten** reaktionären ... Elementen des Finanzkapitals" gehören, also letztlich auch mit den nicht ganz so reaktionären ... Elementen des Finanzkapitals, ein antifaschistisches Bündnis anstreben müsse. In einer Gegenposition dazu wurde von einem Vertreter der (trozkistischen) Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) die These vertreten, daß Faschismus eine Eigendynamik gegenüber dem Kapitalismus besitze und letztlich eine Form von wild gewordenem Kleinbürgertum darstelle, gegen das man eine Arbeitereinheit front errichten müsse. Beide Seiten konnten mit der jeweiligen Gegenposition herzlich wenig anfangen. Nach einigen Ausflügen in die Geschichte der Arbeiterbewegung (unterschiedliche Bewertung von spanischem Bürgerkrieg und den Möglichkeiten, 1933 die Machtfrage zu stellen) entzündete sich die Auseinandersetzung konkret daran, ob man etwa den ehemaligen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler als für den antifaschistischen Kampf gewinnbar einstufen könne oder nicht. Die von mir kurz dargelegte Position, daß man an Hand inhaltlicher Positionen (Verteidigung der Menschenrechte, Kampf gegen die Aushöhlung des Asylrechts und gegen die Errichtung von Sammellagern zur beschleunigten Abschiebung von Flüchtlingen insbesondere aus den Kriegs- und Hungergebieten der Erde) festmachen müsse, mit wem man zusammenarbeiten kann und mit wem nicht, wurde nicht weiter diskutiert. Die Diskussion gedieh lediglich bis zu praktischen Schlußfolgerungen aus dem jeweils entworfenen Bild von Faschismus. Mir leuchtete insbesondere eine Ausdeutung der Position von Dimitroff, bei der Kampf gegen den Imperialismus weitgehend auf der Strecke blieb, nicht ein, da ich in einem Kampf gegen Faschismus ohne klare antiimperialistische Stoßrichtung keine Perspektive erkennen kann. Wenn man sich das heutige Rekrutierungsfeld der Neonazis ansieht (ältere Jugendliche, die vielfach keine abgeschlossene Ausbildung und oft keine Berufspraxis und Lebensperspektive haben, als Schläger, dagegen relativ gut ausgebildete Facharbeiter, die mit ersteren umgehen können, als Kader), leuchtet auch die These vom wildgewordenen Kleinbürgertum wenig ein. Die Diskussion wurde aus Zeitmangel abgebrochen. Sie hat mich nicht befriedigt.

Klaus Dillmann

DER 1. MAI IN ISTANBUL

Bericht von einer Delegationsreise

Unsere aus fünf Deutschen und 2 in Deutschland arbeitenden Türken bestehende Delegation zur Beobachtung der Vorgänge am 1. Mai 1992 in Istanbul kam als ein Ergebnis einer über zweieinhalb Monate laufenden Unterschriftensammlung des Komitees "Freiheit für den 1. Mai in der Türkei" zustande.

Wir hatten Listen mit den Unterschriften von knapp 7000 ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen aus mehreren Betrieben in Deutschland mitgebracht, in denen von der türkischen Regierung gefordert wurde, den 1. Mai als Tag der ArbeiterInnen anzuerkennen. Diese Listen legten wir am Vortag des 1. Mai auf einer Pressekonferenz im Internationalen Pressezentrum in Istanbul vor, die von VertreterInnen von über 10 Gewerkschaften sowie einiger anderer Organisationen wie Demokratischer Frauenverband, Volkshäuserbewegung und Sozialistischer Partei (1) einberufen wurde. Hier solidarisierten wir uns in einem Redebeitrag mit den Forderungen der ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen in der Türkei.

Tauziehen um 1. Mai-Kundgebung

Der Sozialistischen Partei (1) war durch den neuen Stadtgouverneur von Istanbul, Hayri Kozakçioğlu (2), die Abhaltung einer 1. Mai-Kundgebung auf dem Gaziosmanpaşa-Platz in einem schwer erreichbaren Vorort von Istanbul gestattet worden. Dagegen waren vorangegangene Anträge von der Gewerkschaftsseite für die Abhaltung einer Kundgebung auf dem traditionellen 1. Mai-Platz, dem **Taksim-Platz**, oder auf einem anderen Platz in Istanbul abschlägig beschieden worden.

Einige der beteiligten Gewerkschaften sind als sehr kämpferisch bekannt, so die Gewerkschaft der LederarbeiterInnen, der Erdölarbeiter, auch die Gewerkschaften der im Gesundheitswesen Beschäftigten und die der LehrerInnen. (Mit VertreterInnen dieser Gewerkschaften kamen wir ins Gespräch; der Vorsitzende der LederarbeiterInnengewerkschaft war unmittelbar nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis mit uns zusammengetroffen, er hatte eine längere Haftstrafe hinter sich, weil er sich bereits 1990 für eine ArbeiterInnendemonstration zum 1. Mai eingesetzt hatte)

In den bürgerlichen Medien blieb unsere Delegation in Istanbul völlig unerwähnt; ausführliche Berichte über unser Auftreten gab es dagegen auf der Pressekonferenz und später in der Zeitschrift "Gerçek".

Auf der Pressekonferenz ebenfalls anwesend war die Gewerkschaft der TransportarbeiterInnen (Tümtis Sendikası), der wir nach der Pressekonferenz einen Besuch abstatteten.

Besuch bei der Tümtis Sendikası

Bei Tümtis warteten bereits gut 50 Arbeiterinnen und Arbeiter von Yurtiçi Kargo (Inlandtransporte) auf uns, die eingehend über den schon seit Dezember letzten Jahres geführten Streik berichteten. Dieser Streik war ausgelöst worden, weil innerhalb dieser Branche in mehreren Städten der Türkei massenhaft Entlassungen von ArbeiterInnen stattgefunden hatten sowie aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen.

Aus Solidarität mit ihren entlassenen KollegInnen und, weil ihnen selbst mehrere Monate lang der Lohn für die von ihnen geleistete Arbeit vorenthalten worden war, belagerten die Yurtiçi-Kargo-ArbeiterInnen die Betriebe. Dabei ließen sie die von kurzfristig angeheuert und als Streikbrecher eingesetzten Arbeitern gefahrenen Fahrzeuge nicht passieren und sperrten sogar einen Firmenchef mehrere Tage lang in seinem Büro ein.

Man muß hierzu wissen, daß für ArbeiterInnen in der Türkei fast keine gewerkschaftlichen Rechte bestehen und daß sich Firmenchefs oft genug nicht einmal an die von ihnen "gewährten" Arbeitsverträge gebunden fühlen. Ja, selbst die auf den Lohnstreifen erscheinenden Löhne (sie sind mit etwa 700 000 Lire = 175 DM monatlich eh schon sehr niedrig und reichen kaum zum Leben) liegen teilweise um bis zu 100% über den tatsächlich gezahlten, denn der Chef benutzt die darin gemachten Angaben dazu, weniger Steuern zu bezahlen, indem er geringere Profite "ausweist". Derartiger "Betrug" am Staat



Bei Tümtis. Der Vorsitzende wird von zwei Frauen "flankiert", die beide sehr aktiv an der Aussprache beteiligt waren. Das Plakat konnte man oft an Wänden in Istanbul finden. Der Text bedeutet auf deutsch: "Wir pochen auf die Garantie unserer Arbeitsplätze, unsere gewerkschaftlichen Rechte, unser Brot und unsere Ehre. Wir rufen die Arbeiterklasse zur Solidarität auf. - Die Yurtiçi-Kargo-ArbeiterInnen. Gewerkschaft Tümtis."

hält diesen allerdings nicht davon ab, gegen die streikenden ArbeiterInnen Polizei zur Verfügung zu stellen.

Diese taucht immer wieder massiert auf, greift brutal an, zerstört oder überfährt die (wegen der nächtlichen Kälte) vor den Betrieben errichteten Streikzelte und nimmt Streikposten fest. Trotzdem vermochte es die Polizei bislang nicht, den Streik zu brechen. Bislang waren die Yurtiçi-Kargo-ArbeiterInnen sehr erfinderisch bei der Überwindung ihrer finanziellen Schwierigkeiten, obwohl die Streikkasse längst leer ist. Solidarität hat bei ihnen einen sehr hohen Stellenwert.

Auch für die Lage der Streikbrecher fehlt den streikenden Frauen und Männern das Verständnis keineswegs: Angesichts der extrem hohen Arbeitslosigkeit und der Tatsache, daß Arbeitslose auf die Hilfe von Familienangehörigen angewiesen sind, sind viele Arbeitslose dankbar, wenn überhaupt jemand ihre Arbeitskraft ausbeutet.

Kurz: Wir haben bei Tümtis einen sehr entschlossenen Teil der türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter kennengelernt, die dringend unserer Solidarität bedürfen.

Ein letzter Angriff auf die streikenden ArbeiterInnen fand am 12. Mai statt, im Stadtteil Küzükaly wurden drei Arbeiter verprügelt, die sich auf dem Heimweg von einer Yurtiçi-Kargo-Solidaritätsveranstaltung befanden. Die Arbeiter Orhan Gürel, Mehmet Elibal und Suat Karatas wurden schwer verletzt (Sabah, 13.5.92).

Die Lage in Istanbul vor dem 1. Mai

Die 1. Mai-Kundgebung 1992 war seit 1977 die erste, die wieder stattfinden durfte. 1977 hatte es auf dem Taksim-Platz 36 Tote gegeben, als der türkische Geheimdienst MIT auf Tausende von demonstrierenden ArbeiterInnen und die sich mit ihnen Solidarisierenden schoß.

Im letzten Jahr war dieser Platz von Hundertschaften der Polizei abgeriegelt worden, die dort ihre deutschlandimportierten Schäferhunde vor den aufgestellten Panzern Gassi führten.

Bekanntlich herrscht in Türkisch-Kurdistan seit langem ein Bürgerkrieg, da der türkische Staat dem kurdischen Volk das Recht auf nationale Identität und Selbstbestimmung vor-



enthält und dieses sich dagegen zunehmend zur Wehr setzt.

Durch den Golfkrieg und zuletzt auch durch die Massaker anlässlich des Newroz-Festes und die deutsche Beteiligung daran ist die deutsche Öffentlichkeit ein wenig mehr sensibilisiert worden.

Knapp einen Monat nach dem Newroz-Massaker (am frühen Morgen des 17. April) hatten in mehreren Stadtteilen Istanbuls Razzien von Polizei, MIT und Kontraguerrilla (im Rahmen des NATO-Programms Gladio ausgebildete Todesschwadronen) gegen Wohnungen stattgefunden, in denen vermutete Mitglieder der in der Türkei verbotenen Organisation **Devrimci Sol** (Revolutionäre Linke) wohnten. 11 Angehörige von Devrimci Sol waren aufgrund von erstellten Listen erschossen worden, 6 weitere fielen schwer verletzt in die Hände der Polizei. Bei dieser Aktion, die in mehreren Städten zugleich stattfand, fanden insgesamt über fünfzig (!) Frauen und Männer den Tod (es heißt im Polizei-Jargon: "tot gefangen genommen"), acht von ihnen waren "irrtümlich" erschossen worden, wie es später offiziell hieß. Bei der Beerdigung der 11 Mitglieder von Devrimci Sol wurden rund 300 Personen inhaftiert, die z.T. noch immer in Haft sind. Das polizeiliche Vorgehen führte zu Racheakten, so wurde zwei Tage vor dem 1. Mai ein Polizeibus überfallen: 8 Polizisten wurden dabei verletzt, einer tödlich.

Vermutlich im Zusammenhang damit, daß es z.Zt. in der Türkei eine ständige Hetze und Aufforderung an die Bevölkerung gibt, alles

Befremdliche als "terroristisch" zu entlarven und zu denunzieren, stand es, daß auch vier Mitglieder unserer Delegation sowie eine Journalistin von "Gerçek" eine Nacht auf der Polizeistation Beyoğlu zubringen mußten.

Man hatte uns, vermutlich aufgrund der Zeu- genaussage eines Mannes, gegen 22.00 Uhr auf dem Taksim-Platz festgenommen.

Auf dem Polizeirevier Beyoğlu fiel uns insbesondere eine 3x4 m² große Arrestzelle auf, in der rund 20 Schwarzafrikaner eingepfercht waren, die uns auf Englisch erklärten, daß sie dort ohne Nennung von Gründen schon über 1 Monat festgehalten würden. Auf unsere Fragen an die Polizisten erklärte ein Wachhabender, 2 von ihnen hätten Aids und keiner sei im Besitz eines Passes; man habe nach Ankara geschrieben, was mit ihnen geschehen solle, habe aber noch keine Antwort erhalten.

Nach unserer Freilassung teilten wir unsere Beobachtung des Menschenraubs dem Istanbuler Menschenrechtsverein (IHD) mit.

Der 1. Mai in Istanbul

Zum 1. Mai waren rund 100 000 Sicherheitskräfte in Istanbul zusammengezogen worden, um die Stadt vor illegal demonstrierenden ArbeiterInnen zu "schützen". Rund 2000 Personen waren in der gesamten Türkei im Vorfeld "vorsorglich" in Haft genommen worden, davon allein 300 in Istanbul. Weiter wurden wichtige Gebäude und Straßenkreuzungen sowie die Universität von mit MP bewaffneten Polizisten, teilweise in Kampfanzügen, bewacht.

Anzeige

BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK • SOZIALWISSENSCHAFTEN •
KOMMUNIKATIONS- UND SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE • ÖKONOMIE •
POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER • MÄNNER • GROSSES
ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00

Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)

Dortmund 1, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Auf dem Taksim-Platz, der weiträumig abgeriegelt war und den man nur nach Leibesvisitation betreten konnte, standen an strategischen Punkten Panzerfahrzeuge. Es wimmelte von Zivilpolizisten, die Personen ohne gelbe Pressearmbinde in barschem Ton auf Englisch aufforderten, nicht zu fotografieren.

In dem ArbeiterInnenstadtteil Merter in Istanbul, in dem mehrere hunderttausend Jugendliche in Kleinbetrieben arbeiten und wo der TGKB (Jugendverband der TDKP) relativ großen Einfluß hat, erlebten wir gegen 8.30 Uhr, wie der Versuch einer Demonstration der ArbeiterInnen massiv verhindert wurde: Trotz der Maßnahme, den Betrieb zuzusperren, war es einer drei Mann starken Gruppe gelungen, mehrere ArbeiterInnen auf die Straße zu bekommen. Von plötzlich herbeieilenden Provokateuren wurde mit langen Eisenstangen auf die Leute eingeschlagen, es fielen Schüsse aus der Pistole eines Werknehmers, sofort waren Mannschaftswagen der Polizei zur Stelle, drei Männer wurden verhaftet. Daraufhin zogen sich die übrigen in den Betrieb zurück.

Die Kundgebung auf dem **Gaziosmanpaşa-Platz** wurde - trotz der Präsenz von 3000 BereitschaftspolizistInnen - zu einer kämpferischen Demonstration der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Türkei. Es hatten sich 7-10000 Menschen eingefunden (die Schätzungen schwanken).

Einzelne Blocks der Branchengewerkschaften wurden bei ihrer Ankunft namentlich begrüßt.

Die Repression, die die anwesenden DemonstrantInnen über sich ergehen lassen mußten, waren nicht unerheblich: Taschen wurden durchsucht, jede und jeder Einzelne Leibesvisitationen unterzogen, jedes mitgeführte Transparent einzeln durchgelesen. Auffallend an dieser ersten öffentlichen 1. Mai-Kundgebung war auch, daß unter der Demirel-Regierung offensichtlich mehr weibliche Polizistinnen als früher im Einsatz waren. Sie gingen bei den Kontrollen auf den Straßen keineswegs zimperlich mit den demonstrierenden Frauen um.

Während der Kundgebung wurde auch eine Grußadresse unserer Delegation verlesen. Wir konnten von vielen Parteien und Organisationen Transparente erkennen, so bspw. auch ein großes kurdisches Transparent mit der Aufschrift: "**Biji Yek Gulan**" (= Es lebe der 1. Mai). Dies Transparent war nachträglich auf dem Platz gefertigt worden, es wäre sonst wie alle nicht genehmigten vorher von der Polizei kassiert worden. Es fiel auch auf, daß an mehreren Stellen Videokameras postiert waren, die die Menschen filmten.

Kassiert wurde übrigens auch das Transparent der Yurtiçi-Kargo-ArbeiterInnen, obwohl es zur Nennung des Namens nur die Aufschrift "**Yaşasın Bir Mayıs**" (= Es lebe der 1. Mai) trug.

Während der Versammlung versuchte die Polizei nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als ob sie die Kundgebung mit friedlichen Mitteln schützen wolle - offensichtlich sollte der internationalen Öffentlichkeit und vor allem der BRD (wegen der gewünschten Wiederaufnahme der Waffen-

Der 1. Mai in Istanbul auf dem Gaziosmanpaşa-Platz



lieferungen) dieser Eindruck vermittelt werden.

Des ungeachtet wurden nach Abschluß der Kundgebung die TeilnehmerInnen systematisch eingekesselt und zurück zu ihren Bussen " Eskortiert". Dabei kam es zu Mißhandlungen und einzelnen Festnahmen.

Wie sehr der Eindruck des "friedlichen" Staatsapparates eine Täuschung war, wurde spätestens am 3. Mai deutlich, als erkennbar wurde, zu welchem Zweck die erwähnten Videokameras angebracht gewesen waren:

Das Istanbuler Büro des Demokratischen Frauenvereins (DKD) wurde durchsucht, Akten beschlagnahmt, am 13. Mai wurde die Organisation verboten.

Ebenso wurde mit dem Kurdischen Frauenverein (YKD) verfahren, auch er wurde verboten und aufgelöst.



Mehrere Volksberatungsbüros (die Bewegung der Volksberatungsbüros organisiert u.a. Rechtsanwälte für Menschen, die kein Geld für einen Anwalt aufbringen können) wurden aufgelöst.



Das Büro des Istanbuler Menschenrechtsvereins wurde durchsucht und Akten beschlagnahmt.

In den fortschrittlichen Zeitungen waren dann in den Tagen nach dem 1. Mai die Berichte von den Folterungen der am 1. Mai Verhafteten zu lesen.

Fazit: Auch wenn es an diesem 1. Mai selber keine Toten gab, hat sich am Charakter des türkischen Staates nichts geändert.

Wer sich noch eingehender informieren will, sei auf zwei Dokumentationen hingewiesen:

Die vom Komitee "Freiheit für den 1. Mai in der Türkei" herausgegebene Doku sowie die über den Streik der Yurtiçi-Kargo-ArbeiterInnen.

**Thea A. Struchtemeier
Klaus Dillmann**

Anmerkungen:

(1) Sozialistische Partei: Eine kleinere Organisation unter der Führung von Doğu Perinçek. Orientierte sich nach dem Militärputsch von 1980 als erste und lange als einzige Partei wieder am Sozialismus. Allerdings wird in ihrem Programm die Erwähnung des türkischen Staates in einem negativen Kontext sorgsam vermieden.

(2) Hayri Kozakçıoğlu, Stadtgouverneur von Istanbul, vom "Supergouverneur" für die Ausnahmeregionsprovinzen in Diyarbakir wegen seiner "Verdienste" - z.B. Anrichtung eines Blutbades in Diyarbakir anlässlich der Beerdigung des HEP-Ortsvorsitzenden Vedat Aydın - nach Istanbul befördert worden.

Der 1. Mai in Ankara

In Ankara verlief die zum 1. Mai erlaubte Versammlung in der Nähe der Innenstadt weitaus brutaler als in Istanbul. In Ankara hatten sowohl Gewerkschaften als auch der fortschrittliche Anwaltsverein CHD zur 1. Mai-Versammlung aufgerufen. Im Anschluß daran hatte sich spontan eine Demonstration zusammengefunden. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurden ca. 100-150 Frauen und Männer festgenommen, darunter die Vorsitzende des CHD, Meryem Erdal.

Sie wurde während der Verhöre auf dem Polizeiviertel gefoltert, indem sie geschlagen wurde und ihre Haare herausgezogen wurden. Mittlerweile sind die festgenommenen wieder entlassen worden. Im Anschluß an ihre Freilassung sagte die Anwältin Meryem Erdal, "Der Staat und seine Organe verstoßen ständig gegen das Gesetz" und "das Gesetz steht nur geschrieben".

Am 4. Mai beispielsweise wurden in Ankara vier Menschen erschossen, von denen nicht einmal ihre Namen genannt wurden; in Adana wurden drei Menschen erschossen, darunter Esmâ Polat, die im vergangenen Jahr während ihrer Untersuchungshaft von Polizisten vergewaltigt worden war und diesen männerchauvinistischen Vorfall der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hatte.



Der Vorwurf, Frauen und Männer öffentlich hinzurichten bzw. "tot gefangen zu nehmen", bezieht sich immer darauf, ihnen den Vorwurf der "Devrimci Sol"-Mitgliedschaft zu unterschieben. Das aber ist keineswegs der Fall, wie die Anwältin betonte, denn nicht immer werden Mitglieder getötet, sondern mit dem alleinigen Verdacht der Mitgliedschaft mißliebige, kritische Menschen auszuschalten und eine bestimmte Stimmung von "Terroristen"-Hetze zu verbreiten versucht.

Kurdischer 1. Mai und Staatsterror in Türkisch-Kurdistan

In ISKENDERUN veranstaltete die HEP eine Versammlung und verteilte Flugblätter. Deshalb wurden neun Personen gefangengenommen, von denen drei von der HEP sind.

Die Festgenommenen wurden ins Gefängnis von Malatya gebracht. Schon vor dem 1. Mai patroullierten Polizisten in den Straßen, wo die kurdische Bevölkerung wohnt. Aufgrund der steten Unterdrückung führten Frauen in den Parteiräumen der HEP einen Hungerstreik durch, der durch einen Polizeieinsatz aufgelöst wurde. Es befindet sich immer noch die 26jährige Saadet Süner, die Mutter von vier Kindern ist, im Gefängnis.

In KIZILTEPE fanden - obwohl die HEP die Bedeutung des 1. Mai erklärt hatte - keine Veranstaltungen statt, und in DIYARBAKIR, der heimlichen Hauptstadt der Kurdinnen und Kurden, feierten die GewerkschafterInnen unter sich. Dort kam es zu keinen Zwischenfällen.

Aus der Türkei ★★★★★ Aus Türkei-Kurdistan ★★★★★ Aus der BRD
Tatsachen
 Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

2monatige Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine a.d. Türkei i.d. BRD e.V. (DIDF)

Beiträge zu den Themen

- AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus
- Probleme der Antifa-Arbeit
- Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan
- aus den Gefängnissen in der Türkei und Türkei-Kurdistan
- kulturelle Aktivitäten
- internationale Solidarität
- und vieles mehr...

Einzelpreis: DM 2,50 + Porto

Abonnementbedingungen:

10 Nummern 20,- DM + Porto

20 Nummern 40,- DM + Porto

Zu bestellen bei:

DIDF

Jägerstr. 77

4100 Duisburg II

SOLIDARITÄT MIT DEN VÖLKERN DER TÜRKEI UND KURDISTANS

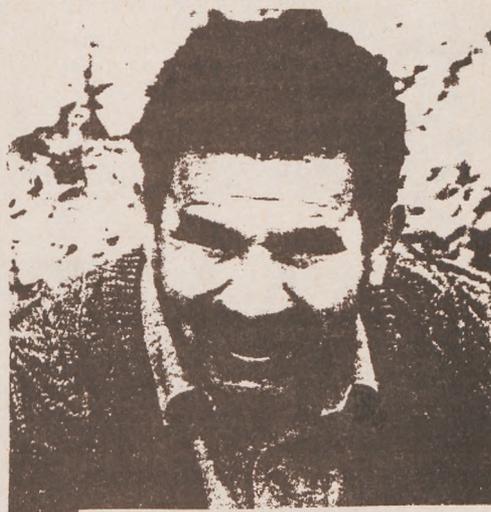
Berichte von Klaus Dillmann

3 Veranstaltungen revolutionärer türkischer und kurdischer Organisationen in Köln

Die AntifaZ war zu zwei Veranstaltungen revolutionärer türkischer Parteien in der Kölner Sporthalle eingeladen worden, und ich habe die Gelegenheit wahrgenommen, Gast beider Parteien zu sein. Zwei Monate zuvor hatte ich außerdem die Möglichkeit, ebenfalls in Köln als Angehöriger der "Kurdistan-Solidarität DIDF" einer Einladung der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) zu einer von ihr veranstalteten Newroz-Feier zu folgen.

Am 9. Mai feierte die TKP/ML (Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten) ihr 20jähriges Bestehen, am 16. Mai gedachte die TDKP (Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei) der am 6. Mai 1972 vom türkischen Staat ermordeten Revolutionäre **Deniz Gezmiş**, **Yusuf Aslan** und **Hüseyin İnan**.

Was mir positiv bei allen drei Veranstaltungen auffiel, war zum einen die große Zahl von Menschen aller Altersgruppen, insbesondere auch von Kindern, die zu diesen Veranstaltungen der jeweiligen Auslandsorganisationen gekommen waren: Die Zahlen bei allen drei Veranstaltungen bewegten sich zwischen 5000 und 10000, wobei meiner Einschätzung nach ERNK und TDKP sich in etwa die Waage hielten, während der Zustrom bei der TKP/ML nicht ganz so groß war.



ABDULLAH ÖCALAN

Zum anderen boten alle drei Veranstaltungen ein reichhaltiges kulturelles Programm mit sehr lebendigen und auch ohne Sprachkenntnis im Kern nachvollziehbaren Theateraufführungen sowie guten Darbietungen von Musikgruppen sowie einzeln auftretenden KünstlerInnen.

So hat z.B. der Dichter **Can Yücel** bei der TDKP-Veranstaltung mit seinen spritzigen Vorträgen Begeisterung ausgelöst. Überhaupt sind mir speziell bei der TDKP der wohldurchdachte festliche Rahmen sowie ein hoher Grad an Beachtung der ausländischen Gäste positiv aufgefallen; diese Veranstaltung ließ den internationalistischen Geist besonders deutlich hervortreten. Die Parole "Hoch die internationale Solidarität" ist bei



Deniz Gezmiş

den TeilnehmerInnen aller drei Veranstaltungen wohlbekannt und wird an vielen Punkten vielstimmig laut.

Bei der ERNK-Veranstaltung hat mich besonders das durch zahlreiche Kerzen und Feuerzeuge erzeugte Lichtermeer beeindruckt.

Einschränkend sei bemerkt: Ich bin weder des Kurdischen noch des Türkischen mächtig, kann aber zumindest die Bedeutung von Transparenttexten in beiden Sprachen ohne Wörterbuch entziffern.

Aufgefallen ist mir daher, daß bei allen drei Veranstaltungen die Hauptsprache das Türki-



Hüseyin İnan

sche war, aber zumindest bei der ERNK- und der TDKP-Veranstaltung auch kurdische Transparente vorhanden waren und/oder Ansprachen in Kurdisch gehalten wurden.

Vereinzelte Beiträge bei TKP/ML (die sehr gute Musikgruppe "Hochspannung") und TDKP (Ansprache eines KPD-Vertreterers im Namen von anwesenden Parteien und Organisationen aus zehn Ländern) waren auch deutsch.

Eine der wichtigsten Orientierungshilfen stellte für mich der Gang entlang der von verschiedenen Gruppen aufgebauten Stände mit jeweils auch deutschsprachiger Literatur dar.

Anwesend bei der ERNK-Veranstaltung waren neben der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) auch die HEP (Partei der Arbeit des Volkes), die bei den Parlamentswahlen in der Türkei auf den Listen der SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) in Kurdistan mehr als 70 % der Stimmen erhielt. Sobald einer ihrer Abgeordneten im türkischen Parlament auch nur den Mund auftut, wird er von "konservativen" Abgeordneten umringt und durch Prügel am Reden gehindert, ohne daß die SHP-Abgeordneten für sein Rederecht auch nur einen Finger krümmen.

Mit einem auch deutschsprachigem Büchertisch war das Kurdistan-Komitee Köln anwesend.

Bei der TKP/ML-Veranstaltung war mit einem deutschsprachigen Büchertisch die MLPD vertreten (auf dem auch die AntifaZ zum Verkauf angeboten wurde), während bei der TDKP-Veranstaltung die KPD (Roter Morgen) mit einem internationalen Literatur-, Musikkassetten- und Videofilmangebot zugegen war.

Eigene Stände auf beiden Veranstaltungen hatten auch DIDF (wo ebenfalls die AntifaZ angeboten wurde - die bei der TDKP-Veranstaltung übrigens sehr viel mehr Interessenten fand) und Devrimci Sol, eine Organisation, die in jüngster Zeit durch die türkische Kontra-Guerilla blutig verfolgt wurde; auf einem Plakat von Devrimci Sol wird der türkische Regierungschef Demirel als "Kati" (Mörder) bezeichnet; es wird aber nicht der Sturz dieser Regierung gefordert, vielmehr wird die türkische Sozialdemokratie aufgefordert, aus der Regierung Demirel auszutreten, als habe diese mit den Morden nichts zu tun (der stellvertr. Ministerpräsident ist Sozialdemokrat).

Alle drei Veranstaltungen zeigten einen Film, der den jeweiligen Veranstaltungscharakter verdeutlichte.

Bei der ERNK-Veranstaltung war es die Wiedergabe einer Ansprache des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, in der dieser die derzeitige Phase des Befreiungskampfes des kurdischen Volkes insbesondere gegen den

Yusuf Aslan



türkischen Staat als eine Pfise darlegte, in der - im Gegensatz zu der seitens der türki-

schen Medien aufgestellten Behauptung eines bereits für das Frühjahr dieses Jahres von der PKK geplanten Aufstandes - erst von einem Serihildan ("den Kopf oben tragen"), vergleichbar mit der palästinensischen Intifada, nicht aber bereits vom Abschütteln der Kolekti ("Knechtschaft") die Rede sein kann.

Bekanntlich behauptet heute die türkische Regierung, nachdem sie anlässlich des Newroz-Festes in verschiedenen kurdischen Städten ein Blutbad abgerichtet hat, in Kurdistan herrsche Krieg. Und prompt werden ihr auch wieder die ihr für kurze Zeit versagten Waffen von Deutschland geliefert. Wenn es aber einen Krieg gibt, müßte logischerweise die andere Seite als Kriegsgegner anerkannt werden und müßten beispielsweise Gefangene nach Kriegsrecht als Kriegsgefangene, die nicht gefoltert werden dürfen, behandelt werden (dies sollte doch wohl für alle Gefangenen zu fordern sein, d.S.). Darüber aber setzt man sich hinweg.

Der Film der TKP/ML stellte die "**Kizil Ordu Tikko**" (die "Rote Armee Tikko") in den Mittelpunkt. Die ZuschauerInnen konnten über eine lange Zeit hinweg eine kleine Gruppe von Partisanen im Gebirge bei Bewältigung der Unbill der Natur und bei Schießübungen bewundern. Ich fragte mich unwillkürlich, ob ein solch "verlorener Haufen" überhaupt in der Lage ist, gegen den gerade auch durch Deutschland hochgerüsteten türkischen Staat und gegen dessen Spezialeinheiten etwas auszurichten. Angesichts der großen Opfer, die die Organisation dabei bisher zu beklagen hat, erscheint mir das wenig plausibel und stellt eher einen Ausdruck von Ohnmacht dar. Wer gegen den türkischen Staat in Kurdistan den bewaffneten Kampf führen will, sollte dies, meine ich (unter Hintanstellung eigener Differenzen zur PKK), in den Reihen der ARGK (Revolutionäre Volksarmee Kurdistans) tun.

Den stärksten Eindruck auf mich hat der von der TDKP gezeigte Film "68'den 6 Mayıs'a" gemacht, in dem die Ereignisse an Hand von Dokumentaraufnahmen und Kommentaren interviewter Beteiligter rekonstruiert werden. Hierbei wird die Frage nach dem "richtigen" Weg im revolutionären Kampf problematisiert, wobei durchaus unterschiedliche Positionen zu Wort kommen und vom Publikum gegeneinander abgewogen werden konnten.

Überhaupt scheint mir diese Organisation zukunftssträchtiger zu sein. Das kommt beispielsweise darin zum Ausdruck, daß Familienangehörige der vom türkischen Staat ermordeten Freiheitskämpfer zu Wort kommen, so auch der Vater von **İbrahim Kaypakkaya**, dem ermordeten Gründer der

TKP/ML, dem der türkische Dichter **Nihat Behram** in seinem Roman "Tödlicher Mai" ein bleibendes Denkmal gesetzt hat (vgl. AntifaZ Nr. 22); sein Vater, Ali Kaypakkaya, sprach übrigens auch im Namen des erkrankten Vaters von **Deniz Geziş**, Cemil Geziş, der ursprünglich auch nach Köln kommen wollte und mit dem er unmittelbar vor seinem Abflug zusammengekommen war. Deniz, den man 1972 - wie die anderen beiden Revolutionäre, deren gedacht wurde - gehenkt hat, genießt auch heute noch im türkischen Volk ein ähnlich hohes Ansehen wie Che Guevara in Lateinamerika (als kürzlich in der Türkei die Zeitschrift "Gerçek" (Auflage 25 000) mit einem Porträt von Deniz auf der Titelseite erschien, war sie innerhalb kürzester Zeit ausverkauft).

Außerdem findet das Ansehen der TDKP seinen Ausdruck auch in der Anwesenheit von Gästen aus 10 Ländern (Äthiopien, Brasilien, Dahomey, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Iran, Kanada, Obervolta), denen Genossinnen der TDKP als



**İbrahim
Kaypakkaya**

ÜbersetzerInnen zur Verfügung gestellt wurden. Stürmisch gefeiert wurde auch das Referat eines Vertreters des Zentralkomitees der TDKP - sie arbeitet in der Türkei in der Illegalität, verfügt jedoch über einigen Einfluß in einer Reihe von Betrieben und Gewerkschaften.

Eine Kritik habe ich allerdings auch an der TDKP-Veranstaltung. Zwar fiel mir positiv das Transparent "**Kadinsiz devrim olmaz**" (Ohne die Frau gibt es keine Revolution) auf, allerdings war unter den Rednern nicht eine einzige Frau vertreten.

Abschließendes Fazit: Angesichts des Vernichtungskrieges des türkischen Staates gegen die kurdischen und türkischen FreiheitskämpferInnen stellt sich in der Bundesrepublik die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte mit ihnen als eine politische Notwendigkeit.

Hoch die Internationale Solidarität!

SCHWARZER FRIEDE IN KOSOVO...

Erfolgreiche Solidaritätsveranstaltungen mit Flüchtlingen aus Kosovo in Recklinghausen und Gelsenkirchen

Mit kurzem Abstand fanden am 14. Mai in Recklinghausen und am 19. Juni in Gelsenkirchen Solidaritätsveranstaltungen mit den Flüchtlingen aus Kosovo - ehemals autonome Region im ehemaligen, sich selbst sozialistisch nennenden Jugoslawien - statt. Diese Veranstaltungen waren ein kleiner Lichtblick in der ansonsten tiefschwarzen Dunkelheit bundesdeutscher Solidarität mit den Menschen, die vom Krieg im ehemaligen Jugoslawien betroffen sind. Doch, es gibt einige kleine Anzeichen der Solidarität wie Hilfsgütertransporte, organisiert von der Caritas oder vom DRK, aber insgesamt ist die Reaktion dessen, was sich einmal die "Friedensbewegung" nannte, mehr als beschämend!



Immerhin flohen in den vergangenen Monaten zehntausende Menschen aus den Kriegsgebieten, werden die Fliehenden an den europäischen Grenzen abgewiesen oder umgeleitet, wurden schon 1989 die Menschen in Kosovo sämtlicher Rechte beraubt und von der faschistischen Herrschaftsclique in Belgrad zu einer zu vertreibenden, wenn nötig zu beseitigenden Volksgruppe erklärt.

Wenn heute die albanischen, kroatischen, slowenischen, serbischen oder sonstige Nationalitäten in erster Linie und oft ausschließlich die Zugehörigkeit zu "ihrer" Nationalität als das "einzig Wahre" ansehen, so ist dies Folge einer Unterdrückungspolitik, wie sie schon in der pseudosozialistischen Tito-Regierung

angelegt, von den ihm folgenden machthungrigen Cliquen wie derjenigen um Milošević weiter vorangetrieben wurde.

Neben der - natürlich nicht erst seit heute - bestehenden europäischen Politik der ökonomischen und politischen Einflußnahme auf die Entwicklung "auf dem Balkan" ist heute die Hauptursache für den Krieg der machthungrige, nationalistische Kurs der jeweiligen Führungscliquen.

Trotz der Kompliziertheit der Situation gibt es aber KEINEN Grund, keinerlei Solidarität mit den Flüchtlingen, seien es Albaner, Roma, Bosnier oder Serben, zu organisieren, im Gegenteil:

In den kommenden Wochen gilt es, alles zu

versuchen, um durch eine Verstärkung der Solidarität eine weitere Ausdehnung des Kriegs zu verhindern und ihn so schnell wie möglich zu beenden.

Recklinghausen

Am 14. Mai organisierten der örtliche Antifaschistische Bund (AFB) und die Vertretung der albanischen Flüchtlinge aus dem Kosovo eine Solidaritätsveranstaltung in der Kollegscheule Kuniberg. Sie war mit 120 Menschen gut besucht, allerdings waren dies ca. 100 AlbanerInnen und nur ca. 20 Deutsche.

Beiträge zur Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und zur Geschichte des albanischen Volkes im Kosovo eröffneten die Veranstaltung. In der anschließenden Diskussion wurden die Möglichkeiten der Solidarität erörtert; vor allem der Vorschlag, eine Schulpartnerschaft zwischen einer Recklinghäuser Schule und einer Schule in einer Stadt des Kosovo aufzubauen, fand Anklang.

Viel Beifall gab es auch für den Auftritt des Frauen-Kabarets "Else, wohin", das Auszüge aus seinem Programm vorführte.

Großen Eindruck hinterließ der zum Schluß gezeigte Dokumentarfilm über die Greuelthaten der sog. jugoslawischen "Bundesarmee" gegen die albanischen Menschen in Kosovo - Folter und grauenhafte Tötungen durch die Soldateska, Niederknüppelung der friedlichen Demonstrationen, Einsatz von Nervengas, Auflösung der albanischen Schulen und Krankenhäuser, die Kette ließe sich weiter fortsetzen.

Von allen Anwesenden wurde die Veranstaltung als ein positiver Anfang gesehen - eine Fortsetzung der Solidarität ist bitter nötig!

Gelsenkirchen

Am 19.6. organisierten Mitglieder der Gelsenkirchener "Falken" gemeinsam mit der örtlichen Gruppe des "Demokratischen Bundes des Kosovo" eine Veranstaltung im Kulturtreff "LeLek".

Auch wenn die örtlichen "Falken" anfangs ziemliche Bauchschmerzen hatten und möglicherweise gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Serben und Albanern befürchteten, sie hatten den Mut und führten die Veranstaltung durch.

Insgesamt bestätigte die Veranstaltung mit einer sehr lebendigen Diskussion, wie wichtig es war, sie durchzuführen.

Auch hier kamen ca. 100 Menschen zusammen, allerdings fast gar keine Deutschen.

Zu Anfang gab es einen ausführlichen Vortrag über die albanische Geschichte, unterstützt durch Karten- und Bildmaterial.

Neben der sehr lebendigen Diskussion war hier besonders erfreulich, daß ein reichhaltiges Kulturprogramm (Tänze und Lieder) geboten wurde, wodurch die Veranstaltung insgesamt einen fröhlichen und beschwingten Charakter bekam.

Fazit:

Beide Veranstaltungen waren Ausdruck einer beginnenden internationalen Solidarität, die aber noch sehr am Anfang steht und weiterausgebaut werden muß.



ALLES NUR BANANE ?

ASTA der Westfälischen Wilhelms Universität, 30. April 1992, 16.30 Uhr...

die meisten ReferentInnen des AstA arbeiteten, den Staatsschutz dieses Landes weit entfernt wäährend mit den TerroristInnen dieses Landes beschäftigt und mit wichtigen Ermittlungsfragen betraut, in ihren Büros.

Just in diesem Augenblick rollte eine grün-weiße Kolonne auf das AstA-Häuschen der WWU Münster zu. 19 Beamte des Staatsschutzes, ein Verwaltungsbeamter und eine Staatsanwältin, angeführt von einem KOK Wasielak, legten den etwas irritierten StudierendenvertreterInnen einen Durchsuchungsbefehl auf den Schreibtisch, der da lautet:

"Beschluß-In der Ermittlungssache gegen bislang unbekannte Mitglieder des AstA in Münster wird die Durchsuchung des AstA-Gebäudes 4400 Münster nach §§ 102 ff, 162 StPO angeordnet. Die bislang unbekanntenen Beschuldigten sind verdächtigt, sich der Verunglimpfung des Staates sowie der Untreue schuldig gemacht zu haben (Vergehen nach §§ 90a, 266, 52 StGB). Sie sollen großformatige Plakate mit der Aufschrift "**Bananenrepublik Deutschland**" am AstA-Gebäude angebracht haben. Außerdem sollen sie Auto-Aufkleber mit derselben Aufschrift bei einem Geschäft in Münster bestellt haben, obwohl die ihnen zur Verfügung stehenden Finanzmittel dafür nicht vorgesehen sind. Es ist zu vermuten, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen wird. Sollten nachstehend aufgeführte Gegenstände vorgefunden werden, so wird bereits hiermit ihre Beschlagnahme nach §§ 94 ff, 162 StPO angeordnet, da sie als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können: Aufkleber und Plakate entsprechender obiger Beschreibung, Bestellunterlagen für Aufkleber und Plakate."

Also, was war passiert, auf welche Weise verunglimpft man/frau einen Staat wie die wertvolle Bundesrepublik Deutschland?

Na, das geht ganz einfach! Vielleicht tun es in diesem Moment wieder Tausende, ohne es zu wissen, zu wollen oder gar aus Bananenliebhaberei?

Zur Vorgeschichte: Rudi B. aus M. fuhr seit ca. einem Jahr mit einem D-Schild auf dem Auto herum, welches eine das D überdeckende Banane zeigte und mittig unten die Auf-

schrift "Bananen Republik Deutschland" trägt. Dieses wurde von dem dienstbeflissenen KOK W. zur Anzeige gebracht, da der Staat und seine Symbole verunglimpft würden. Rudi sollte 100,-Deutsche Mark bezahlen (ersatzweise 300 Bananen ?, d.S.), dann würde von einer Klage abgesehen. Zwei Monate verstrichen, und Rudi B. bezahlte nicht.

STAATSFEINDLICH !

*Dieser Aufkleber verunglimpft die BRD
(Amtsgericht Münster)*



Darauf wurde er angeklagt, "in vorausgegangener Zeit fortgesetzt handelnd öffentlich die Bundesrepublik Deutschland und ihre verfassungsmäßige Ordnung böswillig verächtlich gemacht zu haben."

Damit war das Hauptverfahren vor dem Amtsgericht Münster eröffnet. Rudi B. aus M. wurde am 4. Mai 1992 freigesprochen, da ihm keine Böswilligkeit vorgeworfen werden könne! Er habe geschmacklos gehandelt, dies sei aber nach §§ 90a StGB nicht strafbar.

Soweit, so gut? Im Vorfeld des Prozesses wandte sich ein Freund von Rudi an die ReferentInnen des AstA der WWU Münster. Von diesen entschlossen sich einige, den Bananenprozeß publik zu machen. Es wurden Infoplakate gedruckt, die auf das laufende Verfahren aufmerksam machten, zudem wurden Handzettel verteilt und Bananenkleeber gedruckt. Diese Dinge wurden von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Das heißt: In diesem Staat wird schon die Information über laufende Gerichtsverfahren strafrechtlich geahndet. Den Vorwurf der Veruntreuung von AstA-Geldern konnte Josef Tumbrinck, AstA-Vorsitzender der WWU, direkt entkräften, da er seine Privatquittung über die Bezahlung der Flugis dabei hatte. (Als AstA besitzen wir ja kein allgemeinpölitisches Mandat, da Hochschulpolitik losgelöst vom allgemeinen gesellschaftlichen Leben zu betrachten ist!). Dies brachte Josef dann allerdings direkt eine Anzeige ein, da er sich offensichtlich als einer der ReferentInnen "entlarvt" hatte, auf die die bisher gegen Unbekannt erhobene Anzeige zutraf. Bis heute ist das Verfahren nicht eingestellt, die Kleber, Flugis und Plakate sind immer noch beschlagnahmt!

Wir warten ab. Die Staatsanwaltschaft ist sich durchaus darüber im klaren, daß die Öffentlichkeit auf unserer Seite steht, die Presse (Münstersche Zeitung, Spiegel, Frankfurter Rundschau, etc.) berichteten ausführlich, Rundfunk und Fernsehen ebenfalls.

Trotz allem stellt sich die Frage, warum ein Staat derart über-reagiert und das AstA-Ge-

bäude mit geballter Staatsgewalt durchsucht. Wir haben zur Kenntnis genommen, daß dies im Vorfeld des Mini-G7-Treffs in Münster geschehen ist, und fragen uns ernst-



haft, ob dieser Staat Angst vor ReferentInnen einer Universität hat, oder nach dem Motto verfährt, wer keine Feinde hat, der sucht sich welche, um an den wichtigen Dingen des Lebens nicht teilnehmen zu müssen und sich endlich mit halb verstaubten Akten in den Ämtern auseinanderzusetzen, wie uns berichtet wurde.

Die Hoffnung bleibt, daß ein jeder zur Erkenntnis kommt, "früher oder später kriegen wir Euch", denn was Scheidemann schon 1919 erkannte, erkennt vielleicht auch die Staatsgewalt: "Der Feind steht rechts! Zweifelt an dieser Tatsache noch einer von all denen, die immer angstvoll nach links als nach der Gefahr geschielt haben?"

**In diesem Sinne, rote Grüße,
Eure Antje Schipper, AstA-Referentin für Antifaschismus, Antirassismus und demokratische Rechte der WWU Münster.**

Anzeige

Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH

Planung und Montage
 umweltfreundlicher Energiesysteme
 Heizung, Elektroinstallation, Sanitärinstallation

z.B. Solaranlagen

Für Warmwasser
und Stomerzeugung

denn: Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Karl-Hermann-Straße 14 · 4352 Herten · Tel.: 0 23 66 / 4 39 65

DEBATTE

FREIE LIEBE - EIN THEMA FÜR ANTIFASCHISTINNEN

(*Replik auf: Traktat auf die freie Liebe (Anna Blume)
in der AntifaZ 32/1991)

Unter der Rubrik "Debatte" schrieb Anna Blume in der AntifaZ 32/1991 ein "Traktat auf die freie Liebe". Jürgen BARGMANN von der Antifa-Initiative Wattenscheid antwortete mit folgendem Beitrag.

Auf den ersten Blick eine überraschende Kombination (gemeint ist die Überschrift, d.S.) - ist so etwas nicht Privatsache? Und überhaupt, wollen wir noch mehr Angriffsflächen bieten?

Da erzählt der Mann aus dem Parteilvorstand, der sich auf schwerem Weg von der SPD-Linken zu kommunistischen Positionen durchgeschlagen hat, immer wenn die westliche Staatssicherheit jemanden anwerben wolle, tue sie das erpresserisch wegen Homosexualität oder Promiskuität, woraus er den Schluß ziehen müsse, derartige Verhaltensweisen bis nach dem ja irgendwann zu erwartenden Sieg der Revolution zu unterbinden.

Umgekehrt sagt Manfred, grand old man der orthodoxen kommunistischen Bewegung, deren relative Erfolglosigkeit liege an einem Phänomen namens kommunistischer Konservatismus, deren Kern Prüderie gekoppelt mit Mittelschichtenmoralität sei, um nicht noch verhaltensauffälliger und diskriminierbarer zu werden, als man es ohnehin schon sei.

Gut, werden LeserInnen jetzt einwenden, gut für eine Sozialpsychologie der Linken, diese Gedanken, was aber haben sie mit Antifaschismus zu tun?

Nun, dies: Insofern Faschismus mit seinem Biologismus und Determinismus ein permanentes "Das war schon immer so, das muß auch so bleiben" lehrt, vertritt er eben nicht nur Kapitalismus-Militarismus-Imperialismus-Rassismus-Chauvinismus -Gewalt, was wir alle einigermaßen rezipiert haben und mit Hilfe unserer Aufklärungsarbeit seit einigen Jahrzehnten einigermaßen zu bekämpfen wissen, er ist auch Ausdruck von Autoritarismus und Ordnungswahn, der doppelten Moral der bourgeoisen Familie und des Patriarchats.

Wer aber diese Seiten nicht sehen will, bekämpft den Faschismus nicht allseitig und wird ihn daher nicht besiegen.

Glaubwürdigkeit der antifaschistischen und Linkskräfte stammt von dem her, was Konkret-Autor Detlef zum Winkel z.B. Kulturrebellenentum nennt, oder St. Just einst die intergrale Revolution genannt hat.

Der wenig bekannte kategorische Imperativ von Marx, "alle Verhältnisse umzuwerfen, wo Menschen unterdrückte, erniedrigte, geknechtete, beleidigte Wesen sind", drückt dies aus.

Entsprechend: Revolutionäre Massenbewegung entstand immer dann, wenn einerseits eine objektive Chance bestand, weil das herrschende System zertrümmert genug war, andererseits die große Utopie, daß alles anders werden konnte, unter den Massen deutlich genug erkennbar war. Deswegen waren gerade Gestalten, die heute mit Etiketten wie Anarchist, Sponti oder Chaos versehen würden, revolutionäre Idole: Max Hodann, Wilhelm Reich, Otto Rühle, Franz Jung, Alexandra Kollontai, und Hölz und Picasso und Brecht und Chaplin und - zumindest historisch - Flora Tristan und George Sand.

Die Glaubwürdigkeit der Revolution lag im universellen Rebellentum. Das Interesse der "Massen" ebenso: Die jeweils erfolgreichsten Werke von Engels und Bebel behandeln die Geschlechterfrage oppositionell und für den damaligen Zeitgeist provozierend und nicht auf das Ökonomische beschränkt, deswegen waren sie die erfolgreichsten: weil ihre LeserInnen hautnah betroffen waren.

Noch ein Beispiel der emanzipatorischen Substanz: Die konterrevolutionäre Literaturnobelpreisträgerin Pearl S. Buck merkt in ohnmächtiger Wut an, der Erfolg der chinesischen RevolutionärInnen sei vorwiegend der Agitation mit der freien Liebe zuzuschreiben.

Wir besetzen also Terrain: Faschos und Klerikale sind für Repression, Triebunterdrückung und Neurose, wir aber sind FreiheitskämpferInnen! Davon hängt nicht zuletzt kulturelle Hegemonie ab.

Natürlich sind die beiden möglichen Extreme zu unterbinden: Die Wiederaufnahme der plattmännlichen Beute(l)jagd ebenso wie eine vulgärfeministische Selbstverleugnung, die mit kirchlichen Zensurwünschen harmoniert.

Aber das schaffen wir schon...

ANTIFAZ LYRIK-KOLUMNE

Die andere Hälfte

Leben nicht/werden gelebt/bauen keine Häuser/sondern putzen sie/machen keine Kinder/sondern die werden ihnen gemcht/dafür dürfen sie sie er-ziehen/sind nicht band-leader/wohl aber als groupie erwünscht/nicht Maler sondern Muse/nicht Photograph sondern model/wie das eben so hat sein gesollt/seit Urzeiten/nach der Götter Meinung jedenfalls/die viele der Kinder der Göttin verinnerlicht haben/bis zum gehtnichtmehr//

Es glauben ja auch manche Arbeiter/ganz ohne Unternehmer gehe es nicht/Studenten übrigens verblöden und verfaulenzten ohne Professor/wie auch das ganze Vaterland ohne Führer//

Wenn dann aber einin so schmeichlerisch niedlich kokett/beschützt und getröstet werden will/mißbillige ich selbstverständlich bewußt diese Rolle/habe jedoch unbewußt schon schnell die erwartungsgerechte Antwort gegeben//

Wann ändert sich das mal/fragen nicht nur Freundinnen mich/sondern auch ich mich selbst/schon manchmal.

(Jürgen Bargmann)

ABONNIERT DIE ANTIFAZ

Die ANTIFAZ ist eine unabhängige Zeitschrift, von und für AntifaschistInnen. Sie erscheint sechsmal im Jahr. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Jahresabo24,- DM

Förderabo30,- DM

Bestellung:

- durch Überweisung der Abogebühr auf das
Konto Nr. 1 000 229 38
BLZ 426 500 30
Stadtsparkasse Recklinghausen

- durch schriftliche Bestellung bei
Wolfgang Englisch
Oerweg 28
4350 Recklinghausen

Hiermit abonniere ich
die Zeitschrift
ANTIFAZ bis auf Wider-
ruf.

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift: _____

Anzeigenpreisliste:

1/2 Seite80,-DM

1/3 Seite60,-DM

1/4 Seite50,-DM

GENormte Menschheit , Teil IV

"...die inneren Räume als letzte Kolonie" (Vandana Shiva)

Hier nun der vierte und (vorläufig) letzte Teil der Artikelserie des Dortmunder "Anti Atom Büros". Auch dieser erscheint wieder in der entsprechenden Ausgabe des Dortmunder Stadtmagazins "basta".

Es gibt auf dieser Erde praktisch kein Land, keine noch so kleine Insel in den entferntesten Winkeln der Welt, das im Laufe seiner Geschichte nicht von weißen, christlichen Kolonialisten in Beschlag genommen worden wäre.

Mit der Gen- und Reproduktionstechnologie haben sich die gleichen Herrscher ein neues Wissenschaftsfeld und neue Kapitalquellen erschlossen, sind sie von der Eroberung des Landes und seiner Menschen zur Eroberung des Lebens in seiner Vielfalt ausgezogen, um es, je nach Ideologie, ihren Normierungsprinzipien anzupassen.

Die Worte von einer neuen **"Weltordnung"** sind keine Phrasendreschereien, sondern die konkrete Umsetzung des lang gehegten Wunsches, eine Welt ganz nach eurozentristischen Maßstäben auszurichten. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist nicht zuletzt die Bevölkerungspolitik. Und so richtet sich das Augenmerk der Herrschenden auf die unterentwickelten gehaltenen Länder, um die Einwohnerzahlen drastisch zu dezimieren, und innerhalb der Länder wiederum auf die Frauen, solange sie noch in erster Linie die Trägerinnen nachfolgender Generationen sind.

Die im Gedankengut des **weißen patriarchal-kapitalistischen Herrschers** verankerte Vorstellung von der **"Natur"**, der **"Natur des Menschen"** und der **"Natur der Frau"**, ist gekoppelt an die Frage der effektivsten Ausbeutbarkeit und der Einbindung in ihr gesellschaftliches Gefüge und bei **"Nicht-Verwertbarkeit"** zum Untergang bestimmt.

Das über die Wissenschaft manifestierte Gewaltverhältnis (z.B. der Rio-Gipfel, ECO 92) dokumentiert neuerdings der Bereich Gen- und Reproduktionstechnologie in Kombination mit demographischen Aussagen über Bevölkerungszuwachs und Umweltverschmutzung.

Volkswirtschaftliche und sozialpolitische Überlegungen, wie eine durch den Industriekapitalismus und Großtechnolo-

gie-Sozialismus zermürbte Erde gesunden und gleichzeitig ein Sündenbock für die z.Zt. schon aufgebrachte Bevölkerung an den Pranger der UNO gestellt werden kann, liefern jetzt die Menschen der Drei Kontinente den Pharmakonzernen und ihren ideellen wie materiellen Helfern aus UNO, Weltbank, IWF, Familienplanungsinstitutionen und Energiekonzernen, etc. aus.

Während in den am dichtesten besiedelten Industriestaaten auf Geburtensteigerung und gleichzeitige verstärkte Eugenik gesetzt wird, wird in den Ländern der sog. Dritten Welt die Geburtenrate durch massivste Drohungen bei Nicht-Einhaltung der Familienplanungsprogramme von UNO und privaten Familienplanungsinstituten ständig gesenkt, obwohl fast alle diese Länder eine weitaus geringere Bevölkerungsdichte aufweisen als die Industriestaaten Europas.

Humangenetische Beratung, vorgeburtliche Geschlechtsumwandlung, Zwangssterilisation, Zwang zu Langzeitverhütungsmitteln, Abtreibung nach eugenischer Indikation oder 'unpassendem' Geschlecht, Versuchsreihen an ahnungslosen Frauen mit fragwürdigen bis gefährlichen Verhütungsmitteln u.a.m. stehen auf der Tagesordnung.

Erzwungene Schwangerschaftsuntersuchungen zur Erfassung und Selektion von "Behinderten" und erzwungene Geburtenkontrolle zur "Eindämmung des Walles von Menschenfluten" aus den Drei Kontinenten sind zwei Seiten einer Medaille. Sie fördern Behinderterfeindlichkeit ebenso wie den Rassismus, sind aufgrund ihrer allgemeinen Haltung gegenüber der Frau sexistisch, werden von Kapital und Kirche gleichermaßen getragen und basieren auf mehr oder weniger diktatorischen Maßnahmen, so daß man insgesamt von einem faschistischen Vorgehen reden kann. Daß diese Maßnahmen nicht erst das Klima der Auslese schaffen, sondern durch das Grundkonzept der Erfassung und Normung von "menschlichen Werten" bereits der Boden bereitet ist, läßt sich kurz wie folgt umrei-

Ben:

Es besteht kein Widerspruch bei der Abtreibung weiblicher Föten in Indien und China und der Abtreibung vermeintlich Behinderter in unserm eigenen Land, auch wenn der Protest sich eher gegen die Mädchenmorde in weit entfernten Gebieten richtet. Die Begründung für die Vernichtung weiblicher Föten ist die gleiche wie die für die Vernichtung andersartig erscheinender Embryonen: Leid soll vermieden werden. Tatsächlich wird damit nur verschleiert, daß die jeweilige Gesellschaft diese Gruppen Menschen nicht will - und sowohl hier wie dort in erster Linie aus finanziellen Gründen.

Welche Personengruppen als Außenseiter abgestempelt und verfolgt werden, bestimmt die jeweils HERRschende Ideologie, aber daß eine gezielte Selektion stattfindet, die jede Möglichkeit der Andersartigkeit bereits im Keim erstickt, gehört zum Konzept von Menschenzüchtung und Bevölkerungskontrolle seit Bestehen der Gentechnologie.

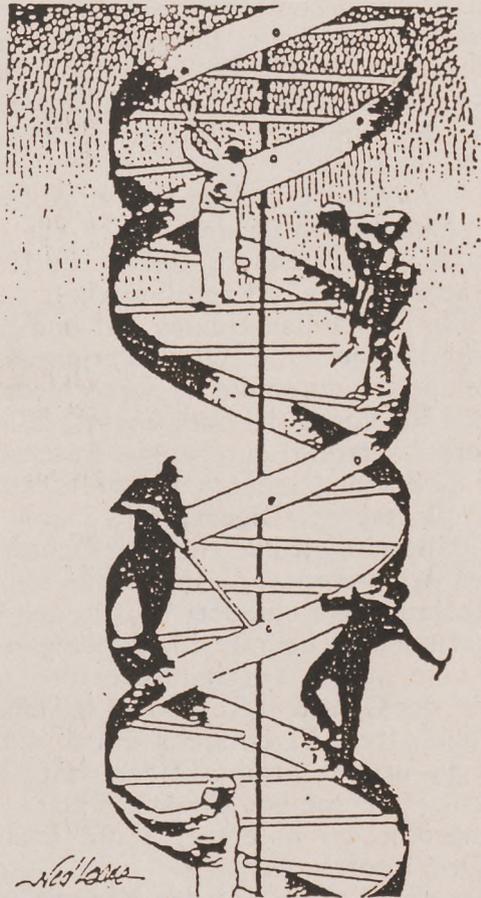
Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Wegbereiter der jetzt herrschenden (Welt-)Bevölkerungspolitik seitens IWF und Weltbank, UNO und privaten Familienplanungsinstituten wie z.B. IPPF (1) sowie den Kirchen Wissenschaftler aus den Bereichen Medizin, Biologie, Genetik, Philosophie und Informatik waren und sind. Und zwischen all diesen ehrenwerten Herren bewegen sich relativ unauffällig Vertreter der Atomlobby.

Zwischenschritte

Am Vorabend des 2. Weltkrieges tagen Ende August 1939 die Vertreter der Weltelite aus Genetik und Biologie in Edinburgh. Ziel des **7. Kongresses der Genetiker** war vor allem die Verbesserung der Menschheit (!) mit den Mitteln modernster Genetik. In ihrem **"Genetikermanifest"** bedachten diese Größen, daß eine Voraussetzung dafür u.a. die Einebnung der Klassengesellschaft sei und zudem sozialpolitische Kompensationsleistungen als Entschädigung für die von den Frauen zu erbringenden Mehrlingsgeburten sein müsse. "Bewußte Selektion statt ökonomischer Klassengesellschaft lautete die Parole" (K.H. Roth, in: Kaupen-Haas (Hg.): Der Griff nach der Bevölkerung, GRENO, Nördlingen 1986, S. 14). Im Prinzip hatte man(n) zu diesem Zeitpunkt bereits alle Formen der Menschenzüchtung und -kontrolle zusammengefaßt:

- qualitative Geburtenkontroll über Sterilisation, Kontrazeptiva

- künstliche Befruchtung, Ausbau der Humangenetik mit ausführlicher Beratung. Als dann in den 50er Jahren die "Bevölkerungslawinen" der armen Länder heraufbeschworen wurden, war es den Forschern J.D. Watson und F.H. Crick gerade erst gelungen, das Modell der Doppel-Helix für die DNS (2) zu entwerfen und damit den vermeintlichen Schlüssel zum Leben schlechthin - zum genetischen Code - entdeckt zu haben.



Hatte der Krieg den Genetiker-Kongreß von Edinburgh in der Öffentlichkeit auch in Vergessenheit geraten lassen, so verfolgten die damaligen Teilnehmer ihre Linie konsequent weiter.

Joseph Hermann **Mullers**, J.B.S. **Haldanes** und J.S. **Huxleys** Vorstellungen von der Verbesserung der menschlichen Erbanlagen zugunsten eines Weltfriedens (1939) wurden die **humangenetischen Institute** mit Hinweis auf die drohenden Erbschäden durch Radioaktivität aus den neugebauten Atommeilern (1956) und die **rigorose Geburtenbeschränkung** durch die umfassenden "Familienplanungsprogramme" für die Länder der sog. Dritten Welt (1962) hinzugefügt.

Herrenrasse und Krebsgeschwüre

Bereits 1960 erschien im Wirtschafts-Digest der Abdruck zweier Schriften gegen den Geburtenzuwachs in den unterentwickelten Ländern.

"Menschenfluten der nahen Zukunft" betitelte die 'Constellation' (Paris) ihren Beitrag, in der alle Hoffnung auf eine Sterilisierungsspielle gesetzt wurde, die die Geburtenziffern um 30% senken sollte. Desweiteren baute man auf technisch umsetzbare Forschungsergebnisse über Einwirkungen auf männliche und weibliche Zellen, auf den Prozeß der Fruchtbarkeit und die Anfangsentwicklung des Embryos (WirtschaftsDigest 5/1960, Nr. 5, S. 36).

Die 'Tat' (Zürich) greift in ihrem Aufsatz "Die Bevölkerungswelle des Islam" für das sprunghafte Ansteigen der Geburtenziffern die Sprachregelung "Krebskrankheit der Menschheit" von Julian Huxley auf und fordert "Abhilfe...in einer Bevölkerungspolitik..., welche den durch die moderne Medizin erreichten Rückgang der Säuglingssterblichkeit (Sterbekontrolle) durch eine Beschränkung der Geburten (Geburtenkontrolle) kompensiert" (WirtschaftsDigest, ebd., S. 40).

Mit allen Mitteln wird seither versucht, die Menschen der nichteuropäischen Ethnien an der Fortpflanzung zu hindern und in den Industrienationen Richtlinien für diejenigen zu erlassen, die in der Vergleichswertung mit Produkten der Gen- und Reproduktionslabors nicht standhalten. Es entsteht ein enormer Forschungs- und Absatzmarkt der weltgrößten Pharmakonzerne und Chemiemultis. Die Forschungsobjekte: in erster Linie Frauen aus den Drei Kontinenten.

Die Angst der Großen vor den Kleinen, des Nordens vor dem Süden, wächst. Was, wenn die über Jahrhunderte Unterdrückten etwa gleiche Rechte zum Aufbau ihrer Länder forderten: dann wären sie ja in der Überzahl. Also wird das Märchen von der Überbevölkerung verkauft, um in der Bevölkerung hier den Konsens für die weitere Unterdrückung der Menschen dort zu ergattern.

"Keine Hälfte der Welt kann ohne die andere Hälfte der Welt überleben. Helfen wir den anderen, ihre Überbevölkerungs-Probleme zu lösen, damit die Erde nicht für uns alle zu klein wird." (Werbung durch das Bundesministerium)

An Kampagnen beteiligen sich Kirchen, Gewerkschaften, einschlägige Zeitschriften (z.B. "Natur"), Grüne, Umweltschützer und nicht zuletzt Energiekonzerne.

Honorarprofessor Dietrich Schwarz, auf der Lohnliste der Dortmunder VEW, erdreistete sich als "Christ für Kernenergie" sogar, den Anti-AKW-Gruppen die Schuld am Elend in der "Dritten Welt" unterzujubeln: Die Menschen in den armen Ländern brauchten lediglich mehr Energie, um ihren Lebensstandard zu verbessern, dann würden sie freiwillig in die Geburtenkontrolle einsteigen, um den Wohlstand zu halten, und so viele Kinder zur Altersabsicherung wären dann ja überflüssig. Warum Geburtenkontrolle auch von Schwarz gefordert wird, ist klar: die Menschen aus den drei Kontinenten sind eine Bedrohung für unsere Zivilisation, durch Energieverschwendung, Umweltzerstörung, Überfremdung.

Auch Hubert Weinzierl, Vorsitzender des Umweltschutzgiganten BUND, schließt sich seinem Geschlechtsgenossen an: sich für den Umweltschutz intensiv einzusetzen, bringt nach seiner Auffassung nur etwas, wenn der "Bevölkerungsstrom" eingedämmt werden kann! (Süddeutsche Zeitung, 4.9.89). Er fordert, Entwicklungshilfe mit der Geburtenkontrolle zu verknüpfen. (3)

Wir verknüpfen uns an dieser Stelle jeden Kommentar über die ursächlichen Zusammenhänge von Massenarmut und steigenden Geburtenzahlen in den unterentwickelten gehaltenen Ländern. Stattdessen verweisen wir darauf, daß in Gesellschaften, in denen das patriarchal-kapitalistische System nicht die Oberhand gewonnen hat, das Gleichgewicht von Ressourcen und Bevölkerung erhalten blieb.



Mittlerweile werden auch staatlich geförderte Frauengruppen über das Familienministerium gegen die Bevölkerungs"welle" gewappnet: Die Produktivkräfte der Frauen im Trikont und ihre Schwächung durch zu viele Geburten wird heraufbeschworen, nachdem sie fast überall aus der Subsistenzproduktion - u.a. durch Einsatz der Gentechnologie in der Landwirtschaft - vertrieben wurden.

Das vielbeschworene Selbstbestimmungsrecht der Frau durch gesenkte Geburtenzahlen wird angesichts dieses Zusammenhangs zur Farce.

Auch die Auswahl der Verhütungsmittel und die gewünschte Kinderzahl sind längst in Händen der Bevölkerungsstrategen von IWF und Weltbank. Wer nicht deren Weisungen befolgt, muß mit Einbuße der Entwicklungshilfegelder bis hin zur Verweigerung von Lebensmitteln und Medikamenten rechnen.

Unter diesem Druck beugen sich die meisten abhängigen Staaten und greifen lieber selbst zu rigorosen Bevölkerungsbeschränkungen, obwohl die Bevölkerungszahlen in den sog. Entwicklungsländern fast alle unter denen der Industriestaaten liegen.

Zuständig für die Kontrolle, Durchführung und Finanzierung konkreter nationaler Programme weltweit fühlt sich u.a. die 1948 gegründete "**International Planned Parenthood Federation**" (IPPF). Eines der Gründungsmitglieder war der NS-Sterilisationspropagandist Prof. Dr. Hans **Harmsen**. Noch in den 50er Jahren vertritt er die Auffassung, daß die Erbgesundheitsgerichte im wesentlichen gewissenhaft und rechtens gehandelt hätten, und 1952 gründet gleicher Professor den deutschen Ableger der IPPF, die **ProFamilia**; hauptamtlich arbeitet er zunächst nach 1945 als Akademie-Leiter für Staatsmedizin und ein Jahr später als Direktor des hygienischen Instituts bei der Stadt Hamburg.

Das Gedankengut Harmsens dürfte bei der IPPF auf fruchtbaren Boden gefallen sein, denn auch der Vorläufer dieser Einrichtung weltweiter Bevölkerungskontrolle war durch die Begründerin, Margret **Sanger** (4), eine durchweg rassistische Organisation: Zu ihren Vorstellungen der Geburtenkontrolle gehörte u.a. die Verhinderung von "Minderwertigen", d.h. Geburten von Puertoricanerinnen afrikanischer Abstammung, während weiße Frauen zur Steigerung "wertvoller" Menschenproduktion animiert wurden.

Wie sich die Geburtenkontrolle in den einzelnen Ländern niedergeschlagen hat bzw. welche Formen der Geburtenunterdrückung ge-

ANZEIGE



CILA
CAFÉ IM LANGEN AUGUST



MO - FR 10-22 Uhr
SA / SO 10-19 Uhr

Braunschweiger Str. 22 / Nordmarkt
46 Dortmund 1 · Telefon 83 01 47

wählt werden, soll hier an einigen Beispielen aufgezeigt werden.

Japan

In den 50er Jahren wird dem Reis ein empfängnisverhütendes chemisches Produkt untergemischt. Die erwartete Wirkung bleibt allerdings aus, weshalb man auf dem CIBA-Kongreß von 1962 in London (s. GENormte Menschheit, Teil II) nach effektiveren Mitteln suchte. Als ein Angebot steht die Pille von dem Teilnehmer Gregory **Pincus** für große Versuchsreihen seit kurzem zur Verfügung.

Indien

(ehemals portugiesisch/britische Kolonie)

In den 50er Jahren werden erste Familienplanungsprogramme entwickelt. Zuständig u.a. **JULIAN HUXLEY**. Da die gewünschten Erfolge ausbleiben, greift die indische Regierung in den 70er Jahren zu Massensterilisationen bei Männern und Frauen. Proteste bewirken, daß die Männer von weiteren Aktionen weitgehend verschont bleiben, während Zwangssterilisationen bei Frauen weiter durchgeführt werden und diese Ende der 80er Jahre auch zu erzwungenen Schwangerschaftsabbrüchen in Kliniken gebracht werden. Seit Mitte der 70er Jahre werden Schwangerschaftskontrollen zur Geschlechtsbestimmung und Eingriffe zur Geschlechtsumwandlung am Embryo vorgenommen. Die Einführung dieser Technologie

führt zu technisierten Vernichtungsaktionen von Frauen. Die Anzahl der aufgrund von Amniozentese festgestellten Abtreibungen weiblicher Föten erhöhte sich in den Jahren 1983 bis 1990 um das Achtfache.

Mittlerweile führt Indien selbst Menschenversuche mit neuen Verhütungsmitteln an Frauen in anderen "Dritte-Welt"-Ländern durch.

Peru

(ehemals spanische Kolonie)

Das US-AID-Programm beabsichtigt, nur noch Hilfeleistungen für langfristige Empfängnisverhütungsmethoden wie Sterilisation, Spirale, Pessare (IUD) und das Implantat NORPLANT (5) bereitzustellen. Auch neue Wirtschaftskredite von IWF und Weltbank hängen von der Umsetzung dieser Geburtenkontrollen ab.

Bangladesh

(ehemals Teil der früheren britischen Kolonie Indien)

1984 verweigerten IWF und Weltbank die Lieferung von Lebensmitteln und Medikamenten, solange nicht alle als unfruchtbar zu machen genannten Frauen sich innerhalb eines bestimmten Zeitraums sterilisieren ließen. Die Bundesregierung schloß sich an.

Namibia

(ehemals deutsche Kolonie)

Vor der Unabhängigkeit von Südafrika werden im Rahmen der Bevölkerungseindämmung in den Ländern der sog. Dritten Welt, so auch Namibia, die Langzeitverhütungs-



Ni hasara kwa baba mama na watoto.

Werbung für die Kleinfamilie in Afrika.

mittel Depo Provera (USA) und Nur Esterate (auch Net EN, Fa. Schering) trotz bekannter schwerer Nebenwirkungen und Verkaufsverbot in den Herstellerländern bereits an

12jährige Mädchen verabreicht. Sterilisationen werden vorgenommen, ohne den Frauen vorher zu erklären, daß diese "Verhütungsmaßnahme" nicht rückgängig zu machen ist.

Indonesien

(ehemals portu gies./niederl. Kolonie)

Die katholische Kirche begründet ihr Eintreten für die Familienplanung damit, daß sie "zur Verherrlichung Gottes beitragen (kann), indem sie die Menschenwürde fördert" (WAZ, 13.2.92).

Verteilt wird dort bereits seit 1981 das Schering-Produkt NORPLANT. (5)

Singapur

(ehemals britische Kolonie)

Betreibt ein offen rassistisch-eugenisches Programm mit Ausrichtung auf die Steigerung der "intelligenten Population" als Anpassung an westliche Standards. Entsprechend rasch löste Singapur die von der UNO geforderte Populationsbeschränkung (Bevölkerungsrate 1980 + 2% jährlich) ein. In dem Mehr-Kulturen-Staat werden Geburten chinesischer Frauen durch massive Propaganda und Geldanreize gefördert, angeblich wegen der genetischen Höherwertigkeit.

Frauen anderer Kulturen werden dagegen zur Geburt von maximal einem Kind gezwungen: nach der ersten Geburt kommt die Aufforderung zur Sterilisation.

Nach den Weltbevölkerungskonferenzen von 1974 (Bukarest) und 1984 (Mexiko) sollte auch die Umweltkonferenz in Rio de Janeiro im Juni d. J. in Brasilien einschneidende Maßnahmen zur Ausweitung des Bevölkerungskontrollplans beinhalten. Offiziell wurde das Thema dann aber zurückgestellt. Trotzdem ist zu erwarten, daß IWF und Weltbank und die stärksten Staaten in der UNO mit weiteren Zwangsmaßnahmen aufwarten werden...

Anmerkungen.

(1) IPPF International Planned Parenthood Federation
Nachfolger der 1942 gegr. Planned Parenthood Federation of America

(2) DNS (engl. auch DNA) Desoxiribonukleinsäure bildet das genetische Material und liegt meist als Doppelstrang vor

(3) Die Verbindung von Umweltverbänden und kapitalistischen Bevölkerungsstrategen ist durch den Schulerschluß zwischen dem vom ÖKO-TEST-Verlag herausgegebenen deutsch-sprachigen Magazin "World Watch" und dem Pharmariesen Schering augenfällig geworden. (s. dazu die abgedruckte Anzeige)

(4) Margret Sanger, Anfang des Jahrhunderts als Frauenrechtlerin des sozialistischen Lagers in die Annalen der Frauenbewegung eingegangen, entpuppt sich spätestens ab den zwanziger Jahren als engagierte Verfechterin rassistisch-eugenischer Bevölkerungspolitik. Sie und die Millionenerbin Catherine Dexter McCormick unterstützen u.a. den Biochemiker GREGORY PINCUS ab 1951 bei der Entwicklung einer effektiven "Geburtenbremse" für die sog. dritte Welt

(5) Norplant, ein Langzeit-Hormonpräparat der Firma Schering, wird in den Oberarm eingepflanzt und gibt bis zu 5 Jahren Hormone ab! Gut ein Drittel aller Frauen mußte das Implantat nach kurzer Zeit wieder entfernt werden, weil es zu massiven Blutungsstörungen führt. Trotzdem wird es vor allem im asiatischen Raum weiterhin eingesetzt, z.B. in Thailand, Indonesien, Indien.

Nachsatz:

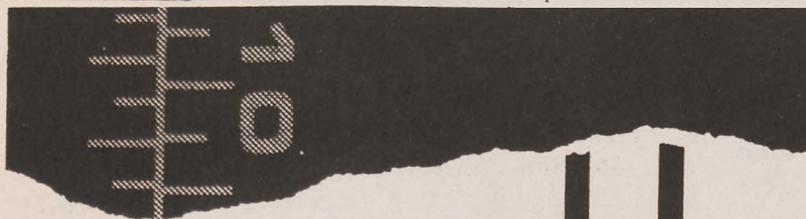
Kurz vor Drucklegung finden wir in der WAZ vom 26.6.92 folgende Meldung:

"Kritik wurde daran geübt, daß der Umweltgipfel von Rio die Bevölkerungsentwicklung fast außer Acht ließ.

Sie soll mit der Energieversorgung Zentralthema des Weltenergiekongresses vom 20. bis 25. September in Madrid sein."

Anti Atom Büro
Am Ölpfad 25
4600 Dortmund-Hörde

ANZEIGE



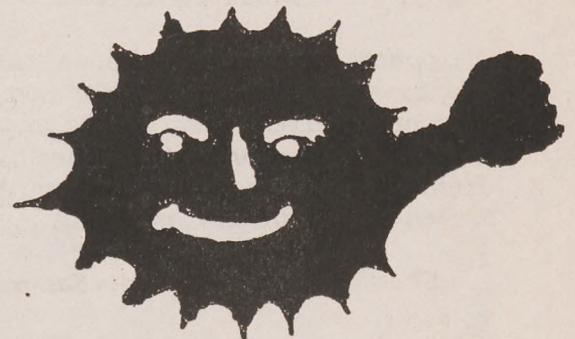
Ché Coolala

Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 0231/178145 • Fax: 0231/178347



TERRER DES FEMMES

Frauen werden überall auf der Welt in ihren Menschenrechten verletzt:
um ihre Freiheit durch Vorschriften, Tabus, Schleier und die guten Sitten
um ihre Entwicklung durch Benachteiligung in Ausbildung und Beruf
um ihre Individualität durch Erziehung zur Unmündigkeit und Unterwerfung
um ihre körperliche Integrität durch die Verstümmelung der Geschlechtsorgane
um ihre Würde durch die Darstellungen in den Medien
Wir arbeiten dagegen.
Unterstützen Sie uns durch Ihre Mitarbeit, Spende oder Fördermitgliedschaft.
Postgito Hamburg
Kontonummer 35 10 60 - 201
Blz 200 100 20
Spenden sind steuerlich absetzbar.
Nähere Informationen bei:



TERRER DES FEMMES e.V.,
Menschenrechte für die Frau
Postf. 2531, 7400 Tübingen
Telefon 070 71 242 89

400 GEGEN SAMMELLAGER

IN CASTROP-RAUXEL

Unter dem Motto "Keine Sammellager für Flüchtlinge!" fand am 27.06.92 im Zentrum von Castrop-Rauxel eine Demonstration statt. Aufgerufen dazu hatte ein Aktionbündnis von acht antirassistischen Gruppen aus mehreren Ruhrgebietsstädten.

Der für Castroper Verhältnisse stattliche Demonstrationzug belebte etwa zweieinhalb Stunden lang die Castroper Innenstadt.

Hohe Ausländerbeteiligung

Die Lebendigkeit auf dem relativ langen Weg rund um die Castroper Altstadt bis hin nach Obercastrop, einem Stadtteil mit hohem Anteil türkischer Bewohner, brachten die vielen Ausländer mit, die etwa die Hälfte der Teilnehmer stellten.

Besonders kurdische Gruppen riefen lautstarke Parolen, klatschten und juchzten und motivierten dadurch die meist stilleren Deutschen zum Mitmachen. Auch eine Roma-Gruppe, TAMILen und andere beteiligten sich an dieser Kungebung.

Ehemalige Haftanstalt als Sammellager

Eines der zwanzig geplanten Sammellager in NRW ist der Vinckehof in Castrop-Rauxel, eine ehemalige Haftanstalt. Hier sollen, wie auch in den anderen Lagern - meist ehemalige Kasernen -, über 500 Menschen zusammengepfercht werden.

In Schnellverfahren soll innerhalb von sechs Wochen über "offensichtlich unbegründete" Anträge entschieden werden. In dieser kurzen Zeit haben Flüchtlinge kaum eine Chance, ihre Anerkennung zu erreichen, so daß die eigentliche Funktion der Lager in der schnellen Abschiebung der Flüchtlinge zu sehen ist.

Die zwielichtige Rolle des DRK

Scharf angegriffen wurde von mehreren Rednern neben der Gesetzesänderung auch das Deutsche Rote Kreuz, das durch seine Bereitschaft, die "Betreuung" der Flüchtlinge zu übernehmen, die geplante

Abschiebepolitik erst möglich macht. Ein Redner zog Parallelen zur Nazizeit: Auch damals sei das DRK angeblich neutral gewesen. In Wirklichkeit aber habe es mitgeholfen, die Kriegsverbrechen zu ermöglichen. Nach dem Kriege habe es Nazi-Massenmördern zur Flucht verholfen.

Proteste der Kurden

Die kurdischen Vertreter wiesen auf die Massaker an ihrem Volk in der Türkei hin. Deutsche Waffenlieferungen an die Türkei unterstützen die Politik der Unterdrückung und Ermordung der Kurden. Kurdische Flüchtlinge aber sollen künftig als "Schein-Asylanten" behandelt werden.

Protest auch von der Kirche

Pfarrer Rohr vom Evangelischen Kirchenkreis Herne/Castrop-Rauxel, der sich schon im Vorfeld der Demonstration - wie andere auch - kritisch zu Wort gemeldet hatte, berichtete zunächst, daß er kaum Zeit zum Schlafen und zur Vorbereitung eines Manuskripts gehabt habe, da er sich um einen verletzten Flüchtling habe kümmern müssen, der zusammengeschlagen worden war und ihm ins Haus gebracht wurde. Der Pfarrer wies darauf, wie das Flüchtlingsproblem durch Waffenlieferungen und Ausbeutung der Entwicklungsländer durch die Industrieländer überhaupt erst entsteht. Er machte aber auch darauf aufmerksam, daß die meisten Flüchtlinge nicht in Deutschland, sondern in den ärmsten Ländern der Welt Aufnahme finden.

Siegfried Hellig

STUDENTISCHE KORPORATIONEN

GESTERN UND HEUTE

Konferenz in Marburg

Bericht von Karsten Schneider *

Aus Anlaß des 175. Jahrestags des Wartburgfestes fand vom 19.-21. Juni 92 in der Marburger Universität eine wissenschaftliche Konferenz statt. Eingeladen hatten das Projekt Wartburg '92, das sich schon seit geraumer Zeit mit der Vorbereitung beschäftigt hatte, die Geschichtswerkstatt Marburg, der Bund demokratischer WissenschaftlerInnen und der Marburger AStA.

Konferenz in Marburg

Das Wartburgfest 1817

**Studentische
Korporationen
gestern und heute**

Historische Erfahrungen und gegenwärtige
Herausforderungen
für eine demokratische Hochschulpolitik



Die Bedeutung einer solchen antikorporierten Konferenz ist evident: Nicht erst im Zuge der Entstehung des größeren Deutschland haben studentische Korporationen an Bedeutung gewonnen.

Während sie seit Ende der 50er Jahre keine Rezepte für ein Eingreifen in gesellschaftliche Prozesse mehr hatten, im Zuge der 68er Bewegung sogar völlig in die Defensive gerieten, konnten sie sich seit Mitte der 80er Jahre mit der neokonservativen Wende wieder von der Reduktion auf die Funktion als Seilschaft lösen.

Im Spektrum zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus spielen Korporierte eine zunehmend große Rolle. Von Bedeutung sind auch ihre männerbündischen Strukturen und Ansichten. Die Zurückdrängung von Frauen und von emanzipatorischer Theorie wird von Korporationen nicht nur über das Seilschaftsprinzip betrieben, sondern mittlerweile auch wieder durch offenes Bekenntnis zu Männerbünden und mehr oder weniger offene Einforderung einer Renaissance der Rollenteilung zwischen Mann und Frau.

Die VeranstalterInnen schreiben daher, daß "die streitbare Erörterung der durch die Geschichte wie durch die gegenwärtige Situation aufgeworfenen Fragen ... für das zukünftige Selbstverständnis der Hochschulen, für Forschung und Lehre unverzichtbar" ist. Und wegen der ausgesprochen hervorgehobenen Stellung von Verbindungen möchte ich betonen:

Nicht nur die Wissenschaft, auch die übrige Gesellschaft kann die deutschtümelnde und elitehafte Ideologie nicht unbeachtet lassen.

Podiumsdiskussionen und Arbeitsforen

Von Freitag bis Sonntag fanden abendliche Podiumsdiskussionen statt, am Samstagmorgen tagten vier parallele Arbeitsforen zu den Themen "Sitte und Brauchtum im Männerbund", "Elitekonzeption versus Chancengleichheit. Hochschulpolitische Konzepte der Korporationen", "Korporationen zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus" sowie "Geschichte und Geschichtsbild der studentischen Verbindungen".

Eine stattliche Zahl namhafter WissenschaftlerInnen wurde für die Podiumsgespräche aufgeboten.

Die **Eröffnungsveranstaltung** am Freitagabend bezog sich direkt auf das Wartburgfest 1817 "als dem Ausgangspunkt der modernen Korporationsgeschichte". Die Geschichte der Korporationen wurde periodisch dargestellt.

Prof. Dr. **Ludwig Elm**, ein Konservatismusforscher aus der exDDR, beschäftigte sich mit den Ursprüngen des Verbindungswesens bis zur Gründung des Kaiserreichs 1871. Er zeigte, wie widersprüchlich die damaligen Burschenschaften waren. Während Corps, konfessionelle und andere Verbindungen historisch gesehen nichts anderes als die Jugendorganisationen der herrschenden Klasse waren, hatten die Burschenschaften anfangs durchaus eine gegen die feudale Reaktion gerichtete Tendenz. Elm nannte seinen vor allem auf die Burschenschaften ausgerichteten Beitrag daher auch "Kontinuität und Diskontinuität des Wartburgfestes 1817".

Beides, Kontinuität und Diskontinuität, ist in diesem ersten Wartburgfest angelegt. Während hier noch progressive Reden geschwungen und Literatur des Feudalismus vernichtet wurde(n), kam es auch zur Verbrennung des fortschrittlichen, aber Deutschland aufoktroierten, Gesetzeswerks "Code Napoléon". Die burschenschaftlichen Studenten wollten zwar, daß endlich die nationale Einheit durchgesetzt werde, aber nicht durch die Bevölkerung, sondern durch den Staat. Somit war die antidemokratische Grundtendenz von Anfang an vorhanden.

Im Verlauf der **bürgerlichen Revolution von 1848** verwischten sich die Unterschiede zwischen Corps, Burschenschaften und anderen Verbindungen, vor allem weil die bürgerliche Bewegung eine große Ausstrahlungskraft hatte.

Es war daher auch nur folgerichtig, daß die Burschenschaften (und teilweise auch die anderen Verbindungen) vom Staat von Anfang an verfolgt wurden, denn sie verkörperten bürgerliche Opposition, auch wenn diese nicht grade demokratisch war.

Die völlige Niederlage der Revolution wurde so auch eine Niederlage der Burschenschaften. Damit brach der fortschrittliche Charakter der Burschenschaften jäh ab.

Es handelt sich dennoch um "Kontinuität", nämlich die Kontinuität des gesamten Bürgertums, dessen Teil die Burschenschaften waren. Denn nicht allein die Burschenschaften wurden antisemitisch, ausländerfeindlich und deutschtümelnd, sondern die gesamte bürgerliche Bewegung, die auf diese Weise

ANZEIGE

**AFRO
LATIN
MUSIC PUB**

**Café
Cuba**

Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen A430 E-Hobeisenbr. ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*

ihre ehemals fortschrittlichen Inhalte endgültig über Bord warf und sich dem Staat anpaßte.

Der Archivar Dr. **Anselm Faust** beschäftigte sich besonders mit der Funktion des Korporationswesens als Wegbereiter des deutschen Faschismus. Während die Studentenschaft im Kaiserreich dadurch als Spiegelbild der Geschichte in Erscheinung trat, daß sie sich als bürgerliche Bewegung mit den aristokratischen Herrschaftsschichten arrangiert hatte, tat sie dies nach dem 1. Weltkrieg dadurch, daß sie durch die Novemberrevolution in die Defensive gezwungen wurde. Ergebnis dieser Defensive war dann z.B. die Gründung des Deutschen Studentenwerks durch Korporationen, es fand also ein Rückzug in unpolitische Bereiche statt. Das entsprach aber nicht mehr den elitären und nationalen Ansprüchen der Verbindungen. Die Republik beseitigte die Privilegien der Studenten, sie mußten sich jetzt im Kampf um Pöstchen sogar mit "ungebildeten" Sozialdemokraten herumschlagen.

Schon in dieser Phase führten fast alle Korporationen ihren "**Arier**"-Paragraphen in die Satzungen ein, die **Volksgemeinschaft** wurde schon, bevor die Nazis diesen Begriff popularisierten, der republikanischen Klassengesellschaft entgegengestellt. Das Prinzip der Majorität (demokratische Republik) sollte dem Prinzip der Stärke und Ehre weichen. So war die **Deutsche Studentenschaft**, der Dachverband der Studierenden in der Weimarer Republik, auch der einzige Verband, der schon vor 1930 von den Nazis dominiert wurde. Korporationsstudenten und Nazis unterschieden sich nicht in ihrem rechtsextremen Weltbild, wohl aber durch die kleinbürgerliche Herkunft der NSDAP-Mitglieder und den großbürgerlichen Standesdünkel der korporierten Studenten.

Nach 1933 wurden endgültig alle demokratischen Relikte aus dem Korporationswesen getilgt; aktive Nationalsozialisten wurden zu Führern der Verbindungen gemacht.

Die Tatsache, daß bis 1935 die Verbindungen sich selbst aufgelöst haben oder teilweise von außen aufgelöst worden sind, bringt nicht etwa eine Nichtakzeptanz der faschistischen Regierung durch jene zum Ausdruck (Inhaltliche Unterschiede gab es - wie wir gesehen haben - ja fast nicht), es waren Kleinigkeiten, die Anlaß für das - vorläufige - Ende des offiziellen Korporatismus boten. Zum einen war - bei allem Antisemitismus - die Kollegialität auch zu den jüdischen Bundesbrüdern durch die standesdünkelnden Ehrvorstellungen zwingend, zum zweiten waren die exklusiven

Häuser der Verbindungen interessant für die studentischen NS-Kameradschaften, und zuletzt hatten die Nazis die "unbedingte Satisfaktion" einiger schlagender Verbindungen für die Studenten verallgemeinert, was die religiösen Verbindungen für sich wiederum nicht in Kauf nehmen wollten.

Man kann also sagen, daß der "totale Staat" (Carl Schmitt, 1931) keinerlei politische Negation ertragen wollte.

Heike **Ströle-Bühler**, Antisemitismus-Forscherin, referierte über den studentischen Antisemitismus anhand Beispielen aus der Deutschen Burschenschaft (DB).

In der Weimarer Republik waren 60 % der männlichen Studenten korporiert, sie waren wichtige Träger des Antisemitismus.

Die Juden wurden mit der verhaßten Weimarer Republik identifiziert. Die reaktionäre "Modernitäts"-Kritik der Studenten richtete sich gegen den "jüdischen Geist", der in der Ver-Technisierung und in der Genuß"sucht" gesehen wurde. Schließlich war auch einfaches Konkurrenzverhalten von Bedeutung. Durch Ausschluß der jüdischen Studenten von den Aufstiegsmöglichkeiten sollten die eigenen Abstiegsängste kompensiert werden.

Gerhard Schäfer beschrieb die Entwicklung seit 1945. Direkt nach der Befreiung vom Faschismus war das Korporationswesen genauso diskreditiert wie die kapitalistische Gesellschaft überhaupt (vgl. u.a. das Ahlener Programm der CDU).

Es war den gesellschaftlichen Kräften - auch den amerikanischen und sowjetischen Besatzungsbehörden - bewußt, daß die Korporationen einen Hort antidemokratischen Denkens darstellten. Das war schon allein daran deutlich zu erkennen, daß die NSDStB-Führer Verbindungsstudenten gewesen waren.

1947 verboten die Amerikaner alle Verbindungen, aber schon 1952 war die Restauration in Hinblick auf die Verbindungen fast durchgesetzt, die wieder zu Amt und Würden gelangten "Alten Herren" sorgten dafür.

Der Antisemitismus war in den Verbindungen noch immer nicht getilgt! Die Begriffe änderten sich allerdings: Während 1922 von großdeutschem Reich geredet wurde, war nun das durchgängige Schlagwort das "christliche Abendland".

Kontinuierliches Element der Verbindungsstudenten ist die geistig-intellektuelle (und ökonomisch-materielle) Abhängigkeit von den Alten Herren, die damit auch für den "guten Zustand" des heutigen Verbindungswesens verantwortlich sein dürften.

***Karsten Schneider** schrieb in AntifaZ Nr. 33/1992 über den "gelifteten" Rassismus im "Spiegel"-Journalismus.

AUFRUF ZUR TAT!

Das Tabu brechen - Die Egalisierung durchsetzen

DEMONSTRATION IN KREFELD AM 12.9.92

Im Februar dieses Jahres weckte der Lübecker Richter Neskovic mit seinem legendären Urteil über das "Recht auf Rausch" die schlummernde Diskussion über das Hanfverbot in der Öffentlichkeit...

Nun sind die Tage in den Mai gerückt und die Diskussion hat sich die Schlafbrüsel immer noch nicht aus den Augen gerieben...

Es ist Zeit geworden aufzustehen, bevor das Thema wieder in Vergessenheit gerät!

Mittlerweile spricht kaum mehr jemand davon.

Wir wollen jetzt die Egalisierung durchsetzen. Egalisierung bedeutet: Freigabe des Hanfs ohne gesetzliche Grundlage, sprich: Der Staat toleriert Cannabisbesitz in geringen Mengen (Holländisches Modell).

Es muß aber verhindert werden, daß die Drogenmafia mitegalisiert wird oder ihr Geschäft an staatliche oder privatkapitalistische Vermarktungsgesellschaften fällt, daher finden wir es wichtig, die kontrollierte Abgabe des Haschisch den nicht-profitorientierten, unabhängigen sozialen Einrichtungen zu überlassen...

Dazu müssen wir KifferInnen jetzt die Eigeninitiative ergreifen, bevor der nötige Druck durch Steuer- oder Kapitalinteresse erzeugt wird!

Wir müssen endlich klarmachen, daß Haschisch weder körperlich süchtig macht noch eine Einstiegsdroge ist!

Wir müssen klarstellen, daß Hanf eine lange Kulturgeschichte hat und sich nicht tabuisieren läßt!

Wir müssen auch klarstellen, daß durch die Illegalisierung Hanf mit harten Drogen auf eine Stufe gestellt und somit die Gefahr für die ErstkonsumentInnen erhöht wird, unfreiwilligerweise mit harten Drogen in Kontakt zu kommen.

Wir wollen den Unterschied zwischen Haschisch und Heroin, zwischen kreativitätsfördernden und -zerstörenden Drogen deutlich machen!

Wir haben es satt, uns weiterhin vom Staat hinter Gitter sperren zu lassen, weil wir kiffen!!

DEMONSTRATION: 12.30 Uhr
NEUMARKT (KREFELD)
RAUSCHKULTURFEST
(Corneliusplatz)
FREIHEIT DEM RAUSCH
(Querbeet, 35 Krefeld)

ANZEIGE

Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •
• 4350 Recklinghausen •
• Tel. 02361-17002 •